

# Öffentliche Bekanntmachung

einer **Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag den 01.12.2016 um 17:00 Uhr** im Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Sitzungsraum 169

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Anfragen von Mitgliedern des Hauptausschusses und der Fraktionsvorsitzenden
3. Verwaltungsangelegenheiten
  - 3.1. Unterhaltsvorschuss; hier: Änderung der gesetzlichen Regelungen
  - 3.2. Änderung der Aufbauorganisation **VO/2016/032**
4. Haushaltsangelegenheiten
  - 4.1. Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen **VO/2016/021**
  - 4.2. Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017
    - 4.2.1. Personalbudget ab 2017 **VO/2016/016**
    - 4.2.2. Budgets 2017 **VO/2016/023**
    - 4.2.3. Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2017
    - 4.2.4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; hier: Sanierungsprogramm Straßen und Radwege **VO/2016/031**
5. Beteiligungsverwaltung



<b>Beschlussvorlage</b>	Vorlage-Nr: VO/2016/038
Federführend: FB 3 Jugend und Familie	Status: öffentlich Datum: 23.11.2016 Ansprechpartner/in: Looft, Annegret Bearbeiter/in: Looft, Annegret
Mitwirkend:	<b>öffentliche Beschlussvorlage</b>
<b>Unterhaltsvorschuss; hier: Änderung der gesetzlichen Vorgaben</b>	
Beratungsfolge:	
Status	Gremium
Öffentlich	Hauptausschuss
Zuständigkeit	
Entscheidung	

### Beschlussvorschlag:

1. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, das Personalbudget 2017 für den absehbaren Stellenmehrbedarf aufgrund der zu erwartenden Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes um 279.500 € anzuheben und den Stellenplan um 2,7 Stellen A 10 sowie um weitere 2,0 Stellen EG 9 (mit kw-Vermerk) zu erweitern.
2. Die Verwaltung wird gebeten, dem Hauptausschuss per 30.09.2017 einen Bericht über die tatsächliche Entwicklung der Fallzahlen zu erstatten. Sollte sich daraus ein von der hier dargestellten Prognose abweichender Personalbedarf ergeben, ist das Personalbudget entsprechend anzupassen.
3. Der Landrat wird ermächtigt, im Vorgriff auf den noch zu beschließenden Stellenplan bereits jetzt die Ausschreibung der befristeten Stellen im Umfang von 2,0 Stellen sowie der dauerhaft vorgesehenen Stellen ebenfalls im Umfang von 2,0 Stellen zu veranlassen.
4. Die Freigabe der zusätzlichen Stellen im Umfang von 0,7 Stellen bedarf der gesonderten Freigabe durch den Hauptausschuss.

### 1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Entfällt

## 2. Sachverhalt:

### Allgemein

Ist der Unterhalt eines minderjährigen Kindes nicht gesichert, weil der unterhaltspflichtige Elternteil keinen Unterhalt für dieses Kind zahlt oder nicht zahlen kann, so kann ein Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bestehen. In diesem Fall tritt die zuständige Unterhaltsvorschusskasse zunächst in Vorlage. Die Unterhaltsansprüche des Kindes gehen in Höhe des gezahlten Unterhaltsvorschusses auf den Staat über, der sich die verauslagten Geldleistungen vom unterhaltspflichtigen Elternteil zurückholt (Rückgriff) und gegebenenfalls einklagt.

Die Abwicklung des UVG liegt im Fachdienst Unterhalt, Amtsvormundschaften.

### Bisherige Anspruchsberechtigung

Anspruch auf Unterhaltsvorschuss besteht bisher, wenn

- ein Kind das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
- das Kind in Deutschland einen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt
- hat,
- der Elternteil, bei dem das Kind lebt, ledig, verwitwet oder geschieden ist oder von seinem Ehegatten dauernd getrennt lebt und
- der andere Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, keinen oder nur teilweise oder unregelmäßig Unterhalt zahlt beziehungsweise das Kind nach dem Tod des unterhaltspflichtigen Elternteils keine ausreichenden Waisenbezüge erhält.

Der Anspruch beträgt derzeit höchstens

- 145 Euro monatlich für ein Kind, das das 6. Lebensjahr und
- 194 Euro monatlich für ein Kind, das das 12. Lebensjahr (6 -11 Jahre) noch nicht vollendet hat.

## Fallzahlen in den Jahren 2013 bis 2015

Die Fallzahlen haben sich in den vergangenen Jahren folgendermaßen entwickelt:

	<b>Laufende Fälle</b>	<b>Davon Neufälle</b>	<b>Rückgriffsfälle</b>	<b>Gesamt</b>
<b>2013</b>	1.558	549	1.504	3.062
<b>2014</b>	1.439	509	1.566	3.005
<b>2015</b>	1.314	456	1.671	2.985
<b>Summe (Ø pro Jahr)</b>	4.311 (Ø1.437)	1514 (Ø505)	4.741 (Ø1.580)	9.052 (Ø3.017)

Zur Erläuterung:

- Laufende Fälle sind die Fälle, in denen Unterhaltsvorschussleistungen gewährt werden.
- Rückgriffsfälle sind Fälle, in denen nach Beendigung des Zahlfalles die familienfernen zahlungssäumigen Elternteile weiterhin zur Begleichung der aufgelaufenen Zahlungsrückstände herangezogen werden.

Die vorstehenden Zahlen belegen, dass die Gesamtzahl der durch die Unterhaltsvorschusskasse zu bearbeitenden Fälle in den letzten 3 Jahren bei durchschnittlich 3.017 Fällen pro Jahr gelegen hat.

Zu dieser Konstanz hat unter anderem beigetragen, dass nach bisherigem Recht die Bezugsdauer auf 72 Monate begrenzt ist und die Zahl der aus dem Bezug ausscheidenden Personen annähernd auf dem Niveau der nachrückenden Personen gelegen hat.

### Bisheriger Personalbestand

Für die Bearbeitung der vorgenannten Fälle stehen im Fachdienst Unterhalt, Amtsvormundschaften 4,5 Stellen zur Verfügung, die mit Personalbudget unterlegt sind.

Bei insgesamt durchschnittlich 3.017 Fällen pro Jahr liegt die durchschnittliche Fallzahl pro Vollzeitstelle damit bei 670 Fällen pro Jahr.

### Geplante Reform des Unterhaltsvorschusses

Im Rahmen der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die zukünftige Gestaltung der Finanzbeziehungen ist am 14.10.2016 u.a. eine Ausweitung der

Anspruchsberechtigung auf Leistungen nach dem UVG vereinbart worden. Beschlossen wurde, zukünftig allen Kindern Unterhaltsvorschussleistungen zu gewähren, wenn die oder der Unterhaltspflichtige nicht zahlt. Ab dem 01.01.2017 soll die Altersgrenze von unter 12 auf bis unter 18 Jahre angehoben und die Höchstbezugsdauer von 72 Monaten aufgehoben werden.

Am 16.11.2016 hat nunmehr auch das Bundeskabinett beschlossen, den Unterhaltsvorschuss gemäß der zwischen dem Bund und den Ländern getroffenen Vereinbarung auszuweiten.

Ein Formulierungsvorschlag für einen Gesetzentwurf zur Ausweitung des Unterhaltsvorschussgesetzes wurde am gleichen Tag in die Fraktionen gegeben. Vorgesehen ist eine Beratung im Bundestag am 02.12.2016 und im Bundesrat am 16.12.2016.

### **Auswirkungen auf die laufenden Fälle**

Durch die Anhebung des Höchstalters der Anspruchsberechtigten von unter 12 auf unter 18 Jahren erweitert sich der potenzielle Kreis der Anspruchsberechtigten um 50 Prozent.

Hinzu kommt, dass in den laufenden Fällen, in denen nach geltendem Recht der Anspruch nach Ablauf von 72 Monaten automatisch endet, zukünftig gegebenenfalls bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres Anspruch auf Unterhaltsvorschuss bestehen wird. Auch hieraus wird sich ein erheblicher Anstieg der laufenden Fälle ergeben. Es liegen derzeit keine belegbaren konkreten Zahlen vor, wie sich die Aufhebung der Bezugsdauergränze auf die zukünftigen Fallzahlen auswirken wird.

In Fachkreisen wird davon ausgegangen, dass die Aufhebung der Höchstbezugsdauer von 72 Monaten zu einem weiteren Anstieg der laufenden Fälle um ebenfalls bis zu 50 Prozent führen kann.

Im Zusammenspiel beider Aspekte – Ausweitung der Anspruchsberechtigten und Verlängerung der Bezugsdauer – erscheint eine Verdoppelung der bisherigen Fallzahlen durchaus realistisch. Auch die Kommunalen Spitzenverbände gehen von einer Verdoppelung der Fallzahlen aus.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass mindestens 260.000 Kinder von der Neuregelung profitieren werden. Legt man die bisherige Zahl der Unterhaltsberechtigten zugrunde – die Unterhaltsvorschussstatistik des Statistischen Bundesamtes weist für 2015 rund 440.000 Kinder aus, die Ansprüche nach dem Unterhaltsvorschussgesetz geltend machen - wird sich der anspruchsberechtigte Personenkreis bundesweit sprunghaft auf dann ca. 700.000 Kinder vergrößern. Dies entspricht einem prognostizierten Zuwachs der laufenden Fälle um ca. 60 Prozent.

Je nachdem, welche Prognosen zugrunde gelegt werden, ist von einem Zuwachs der laufenden Fälle um 60 Prozent bis 100 Prozent auszugehen.

## **Auswirkungen auf die Rückgriffsfälle**

Die Auswirkungen der geplanten Reform auf die Rückgriffsfälle lassen sich demgegenüber nicht klar vorhersagen:

- Auf der einen Seite wird die Zunahme des zukünftig anspruchsberechtigten Personenkreises auch einen Anstieg der Rückgriffsfälle zur Folge haben.
- Andererseits ist damit zu rechnen, dass zukünftig mit dem „Wiederaufleben“ beendeter laufender Fälle aus einigen Rückgriffsfällen wieder laufende Zahlfälle werden. Dieser Effekt wird jedoch dadurch abgemildert, dass nicht jeder Einzugsfall wieder zum laufenden Fall aufleben wird. Beispielsweise in den Fällen, in denen die betroffenen Kinder den Kreis Rendsburg-Eckernförde verlassen haben oder die familienfernen Elternteile die Unterhaltszahlungen wieder aufgenommen haben, werden die Rückstände des säumigen Schuldners auch weiterhin als Rückgriffsfälle verfolgt. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Heranziehung noch bis zu 30 Jahre nach Beendigung der Hilfen erfolgen kann. Insbesondere bei „älteren“ Rückgriffsfällen ist daher nicht mit einem „Wiederaufleben“ als laufender Fall zu rechnen.

Trotz Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten wird daher zunächst nur von einem Anstieg der Rückgriffsfälle um 25 Prozent gegenüber dem bisherigen Durchschnittswert ausgegangen.

## **Auswirkungen auf die Fallzahlen insgesamt**

Bei einer Verdoppelung der Fallzahlen laufende Fälle (bisher: 1.437 Fälle p.a.; zukünftig: 2.874 Fälle p.a.) und einem Anstieg der Rückgriffsfälle um 25 Prozent (von 1.580 Fälle p.a. auf 1.975) ist mit einem Anstieg der Gesamtzahl der Fälle auf 4.849 Fälle p.a. zu rechnen. Gegenüber der Gesamtzahl der Fälle in den vergangenen 3 Jahren (3.017 Fälle p.a.) bedeutet das eine Steigerung um rund 61 Prozent.

Legt man demgegenüber die Prognosen der Bundesregierung zugrunde, die von einem Zuwachs der laufenden Fälle um mindestens 60 Prozent (bisher: 1.437 Fälle p.a.; zukünftig: 2.299 Fälle p.a.) ausgeht, so ist bei einem Anstieg der Rückgriffsfälle um 25 Prozent (von 1.580 Fälle p.a. auf 1.975) mit einem Anstieg der Gesamtzahl der Fälle auf 4.274 Fälle p.a. zu rechnen. Gegenüber der Gesamtzahl der Fälle in den vergangenen 3 Jahren (3.017 Fälle p.a.) bedeutet das eine Steigerung um rund 42 Prozent.

Je nachdem, welche Prognosen zugrunde gelegt werden, ist mit einer Steigerung der Fallzahlen insgesamt zwischen 42 Prozent und 61 Prozent zu rechnen.

## **Auswirkungen auf den zukünftigen Personalbestand**

Legt man die bisherige durchschnittliche Fallzahl pro Vollzeitstelle von 670 Fällen pro Jahr zugrunde, ergibt sich gegenüber dem bisherigen Bestand von 4,5 Stellen

- bei Zugrundelegung der Prognosen der Kommunalen Spitzenverbände (Fallzahlensteigerung um 61 Prozent) ein zukünftiger Stellenbedarf von 7,2 Stellen. Dies entspricht einem Mehrbedarf gegenüber dem bisherigen Stand um 2,7 Stellen.
- bei Zugrundelegung der Prognosen der Bundesregierung (Fallzahlensteigerung um 42 Prozent) ein zukünftiger Stellenbedarf von 6,4 Stellen. Dies entspricht einem Mehrbedarf gegenüber dem bisherigen Stand um 1,9 (nachfolgend gerundet 2,0) Stellen.

Um die Handlungsfähigkeit der Kreisverwaltung zukünftig sicherzustellen, wird darum gebeten, die stellenplanmäßigen Voraussetzungen für zusätzliche 2,7 Stellen (A 10) im Fachdienst Unterhalt, Amtsvormundschaften zu schaffen. Die Schaffung von Beamtenstellen erscheint für diese Stellen angezeigt, um die Möglichkeit zu haben, sowohl Beamte als auch Angestellte auf den Stellen beschäftigen zu können.

Angesichts der unterschiedlichen Prognosen wird vorgeschlagen, die Verwaltung zur unmittelbaren Ausschreibung im Umfang von 2,0 Stellen zu ermächtigen. In dem darüber hinausgehenden Umfang von 0,7 Stellen wird die Anbringung eines Sperrvermerks vorgeschlagen, der durch gesonderten Beschluss des Hauptausschusses freizugeben ist.

### **Sondersituation nach Inkrafttreten der geplanten Änderungen**

Es ist davon auszugehen, dass zukünftig neu anspruchsberechtigte Personen zu einem weit überwiegenden Anteil diese Leistungen zeitnah in Anspruch nehmen werden.

Hinzu kommt, dass Unterhaltsvorschuss gegenüber den Leistungen des Jobcenters eine vorrangige Leistung ist. Es ist daher davon auszugehen, dass die Jobcenter alle betroffenen Elternteile mit Kindern auffordern werden, Unterhaltsvorschuss zu beantragen.

Insofern wird, sollten die Änderungen tatsächlich zum 01.01.2017 in Kraft treten, bereits im Januar mit einer Antragstellung im Umfang von 860 bis weit über 1.000 Fällen zu rechnen sein.

Um diese zu erwartende Antragsflut abarbeiten zu können, ist eine kurzfristige zusätzliche Personalaufstockung unumgänglich. Anderenfalls kann eine sachgerechte und zeitnahe Sachbearbeitung der zu erwartenden Neuanträge kaum sichergestellt werden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Neuanträge besonders arbeitsintensiv sind.

Ergänzend zu der vorstehend beschriebenen Notwendigkeit, den Personalbestand aufgrund der absehbar steigenden Fallzahlen zu erhöhen, wird um eine vorübergehende befristete Aufstockung des Personalbestandes für das Jahr 2017 gebeten.

Daher wird vorgeschlagen, zusätzlich die stellenplanmäßigen Voraussetzungen für weitere 2 Stellen EG 9 (mit kw-Vermerk im Stellenplan) im Fachdienst Unterhalt, Amtsvormundschaften zu schaffen. Für die vorübergehend zu besetzenden Stellen erscheint die Schaffung von Angestelltenstellen ausreichend, da eine vorübergehende Stellenbesetzung nur für Beschäftigte und nicht für Beamte in Betracht kommt.

### **Zur Kurzfristigkeit der anstehenden Änderungen**

Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände ist die von der Bundesregierung am 16.11.2016 beschlossene Reform zum 01.01.2017 weder personell noch organisatorisch umsetzbar. Deshalb haben die kommunalen Spitzenverbände die Bundesregierung dringend gebeten, das geplante Inkrafttreten der Änderungen um sechs Monate zu verschieben.

Die Einschätzung der kommunalen Spitzenverbände wird seitens der Kreisverwaltung geteilt. Schon die erforderliche Personalrekrutierung lässt sich in dem bis zum 01.01.2017 zur Verfügung stehenden Zeitraum kaum realisieren, ebenso wenig eine fachlich fundierte Einarbeitung der zukünftigen Kolleginnen und Kollegen.

### **Refinanzierbarkeit des zusätzlichen Personalaufwandes**

Der Schleswig-Holsteinische Landkreistag hält die (Weiter-) Übertragung der erweiterten Aufgaben nach dem UVG nach überschlägiger Prüfung für konnexitätsrelevant.

Im Rahmen der am 07.11.2016 geschlossenen Vereinbarung zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden zur Beteiligung des Landes an den Kosten der Integration sowie weiterer finanzieller Entlastungsmaßnahmen („Kommunalkpaket III“) wurde vereinbart, eine Bewertung nach Vorlage des Gesetzentwurfs vorzunehmen.

Das Ergebnis dieser Bewertung steht noch aus. Zum jetzigen Zeitpunkt kann daher noch kein entsprechender Deckungsvorschlag aufgrund von Konnexität unterbreitet werden.

### **Auswirkungen auf das Personalbudget ab 2017**

In der Sitzung des Hauptausschusses am 14.07.2016 hat der Hauptausschuss unter anderem folgende Festlegungen für das Personalbudget 2017 beschlossen:

„Bei Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene oder aufgrund von Beschlüssen des Kreistages oder der Fachausschüsse zur Wahrnehmung von weiteren Aufgaben über den heutigen Aufgabenbestand hinaus oder von bestehenden Aufgaben in größerem Maße oder von bestehenden Aufgaben in wesentlich anderer Qualität als bisher erfolgt eine Aufstockung des Personalbudgets.“

Diese Voraussetzungen sind vorliegend erfüllt.

Deshalb wird um eine Anhebung des Personalbudgets ab 2017 um 175.500 € für insgesamt 2,7 Stellen (gemittelter Aufwand für 1 Stelle A 10: 65.000 €) gebeten. Analog zum Stellenplan wird auch hier vorgeschlagen, den Betrag, der über 2,0 Stellen hinaus zur Verfügung gestellt wird, mit einem Sperrvermerk zugunsten des Hauptausschusses zu versehen.

Zusätzlich wird um eine Anhebung des Personalbudgets für 2017 um weitere 104.000 € für 2,0 Stellen (gemittelter Aufwand für 1 Stelle EG 9: 52.000 €) gebeten.

Insgesamt ergibt sich daraus eine Anhebung des Personalbudgets für 2017 um 279.500 €.

### **Erneute Befassung des Hauptausschusses**

Da der vorstehend beschriebene Personalmehrbedarf weitgehend auf Prognosen und Hochrechnungen der bisherigen Fallzahlen beruht, wird vorgeschlagen, dass per 30.09.2017 dem Hauptausschuss ein Bericht über die tatsächliche Entwicklung der Fallzahlen erstattet wird. Sollte sich daraus ein von der hier dargestellten Prognose abweichender Personalbedarf ergeben, wäre dann entsprechend nachzusteuern.

Unabhängig von der vorstehend formulierten Berichtspflicht ist für den Fall, dass der Sperrvermerk für die 0,7 Stellen aufgelöst werden soll, ein Beschluss des Hauptausschusses erforderlich.

Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes wird darum gebeten, den Landrat zu ermächtigen, im Vorgriff auf den noch zu beschließenden Stellenplan bereits die Ausschreibung der befristeten Stellen im Umfang von 2,0 sowie der dauerhaft vorgesehenen Stellen ebenfalls im Umfang von 2,0 Stellen zu veranlassen.

Sollte die geplante Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes entgegen den bisherigen Planungen nicht wie geplant zum 01.01.2017 in Kraft treten, wird nur nach erneuter Beratung im Hauptausschuss von den zusätzlichen Stellen sowie dem zusätzlich zur Verfügung gestellten Personalbudget Gebrauch gemacht.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Zusätzliche Personalkosten in Höhe von 279.500 € (2,7 Stellen A 10 sowie 2,0 Stellen EG 9).



<b>Mitteilungsvorlage</b>		Vorlage-Nr:	VO/2016/032
Federführend: FB 1 Zentrale Dienste		Status:	öffentlich
		Datum:	17.11.2016
		Ansprechpartner/in:	Fiedler, Nina
		Bearbeiter/in:	Fiedler, Nina
Mitwirkend:	<b>öffentliche Mitteilungsvorlage</b>		
<b>Änderung der Aufbauorganisation</b>			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Hauptausschuss	Kenntnisnahme	
Öffentlich	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Kenntnisnahme	

### 1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

#### 2. Sachverhalt:

Die Fachgruppe Feuerwehr und Katastrophenschutz soll zum 01.01.2017 dem Fachdienst IT-Service zugeordnet werden.

Die Bezeichnung des Fachdienstes lautet dann IT-Management und Feuerwehrwesen.

Die Organisationsänderung erfolgt im Rahmen des vereinbarten Personalbudgets. Eine Stellenmehrung findet nicht statt.

Dem Kreistag wird dieser Vorschlag für eine Änderung der Aufbauorganisation der Kreisverwaltung Rendsburg-Eckernförde gemäß § 51 Abs. 3 KrO vorgelegt. Der Vorsitzende des Personalrates hat nach § 83 MBG bei der Beratung ein qualifiziertes Anhörungsrecht.

Der dann ab dem 01.01.2017 geltende Verwaltungsgliederungsplan mit entsprechenden Änderungen ist beigefügt.

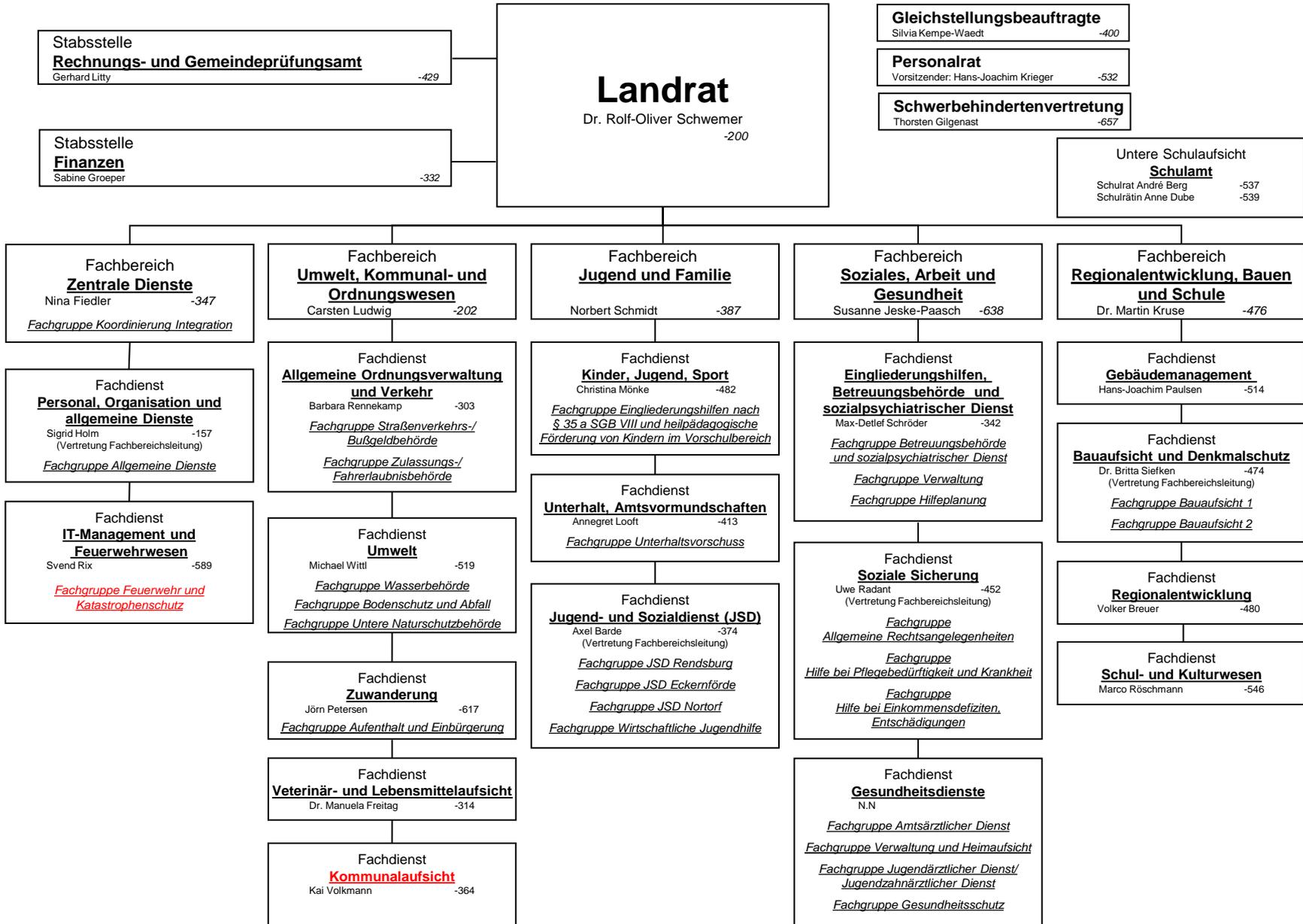
### Finanzielle Auswirkungen:

### Anlage/n:



# Verwaltungsgliederungsplan mit Darstellung der **Änderungen** der Kreisverwaltung Rendsburg-Eckernförde

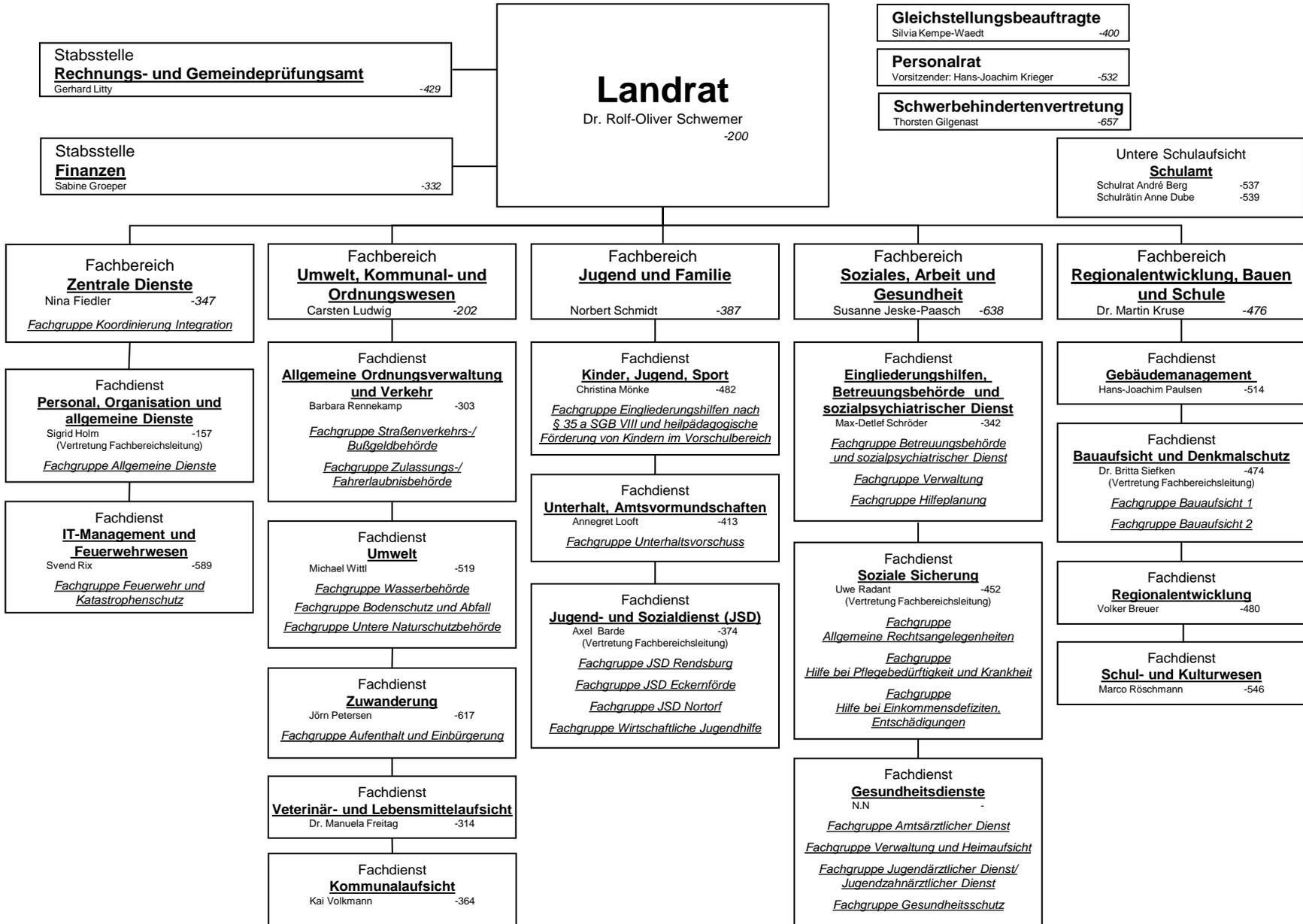
Stand: **01.01.2017**  
Telefon Kreishaus Rendsburg  
Zentrale: 04331 202-0





# Verwaltungsgliederungsplan der Kreisverwaltung Rendsburg-Eckernförde

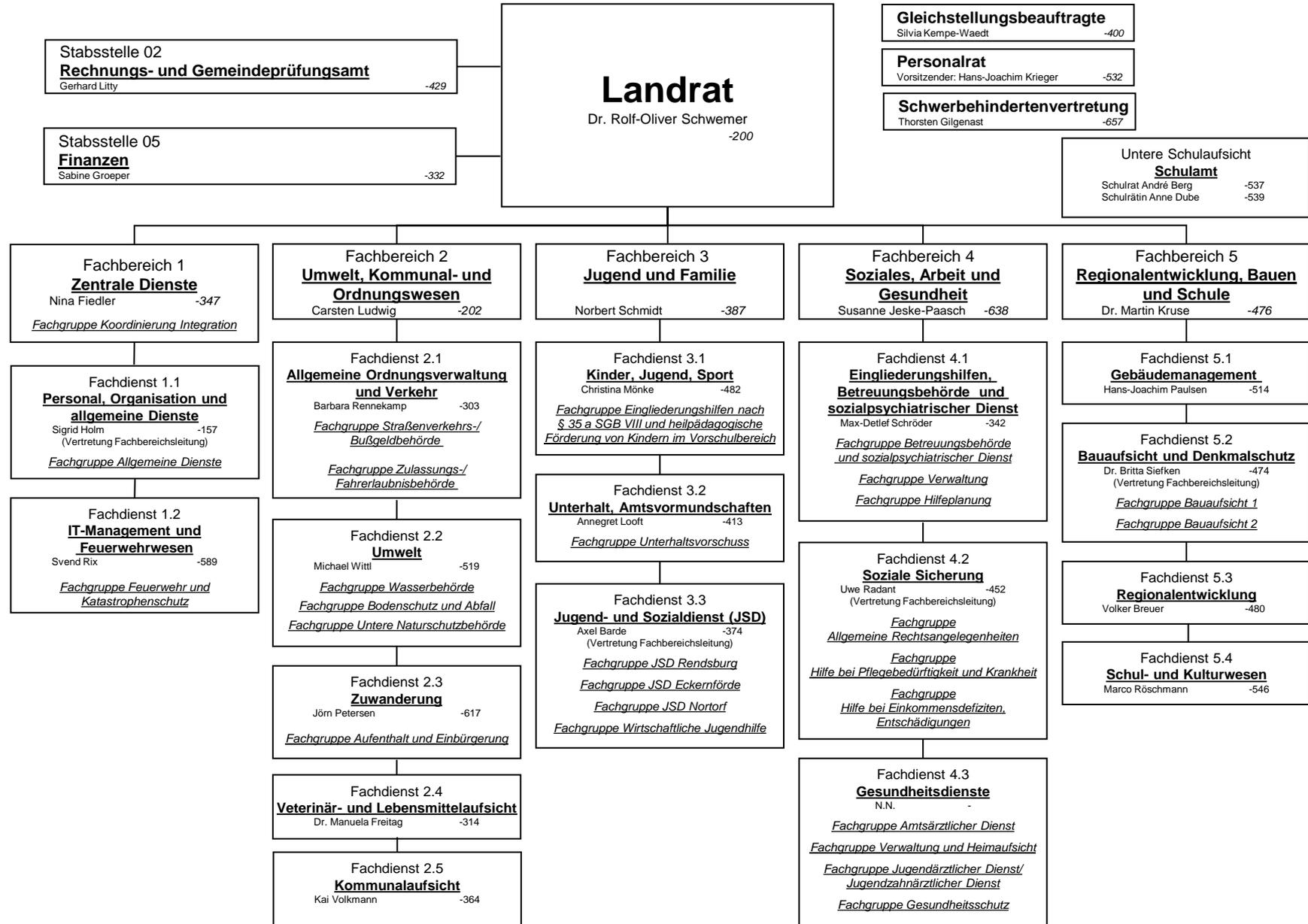
Stand: 01.01.2017  
Telefon Kreishaus Rendsburg  
Zentrale: 04331 202-0





# Verwaltungsgliederungsplan der Kreisverwaltung Rendsburg-Eckernförde

Stand: 01.01.2017  
Telefon Kreishaus Rendsburg  
Zentrale: 04331 202-0





<b>Beschlussvorlage</b>	Vorlage-Nr: VO/2016/021	Status: öffentlich	Datum: 14.11.2016	Ansprechpartner/in: Schlüter, Annelene	Bearbeiter/in: Schlüter, Annelene
Federführend: FB 3 Jugend und Familie					
Mitwirkend:	<b>öffentliche Beschlussvorlage</b>				
<b>Haushaltsangelegenheiten</b>					
<b>Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen</b>					
Beratungsfolge:					
Status	Gremium	Zuständigkeit			
Öffentlich	Hauptausschuss	Entscheidung			

**Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 6.399.000 € zu.

**Begründung der Nichtöffentlichkeit: ./.****Sachverhalt:**

Im Jahr 2016 werden aufgrund der gegenüber den Planungen teilweise deutlich gestiegenen Fallzahlen und dadurch bedingter erhöhter Transferaufwendungen (Zeile 15) insbesondere in den Budgets 31602 (Eingliederungshilfen nach SGB VIII) und 33601 (Jugendhilfe) zusätzliche Aufwendungen notwendig sein. Des Weiteren sind auch geplante Erträge (Zeilen 3 und 6) nicht im vorgesehenen Umfang bis zum Jahresende zu realisieren.

Die Mehraufwendungen ergeben sich insbesondere bei den Inobhutnahmen und Anschlussmaßnahmen von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA). Insgesamt sind in den verschiedenen Hilfearten für diese Personengruppe **Erstattungen von ca. 6.225.000 €** von anderen Landesjugendämtern der Bundesrepublik und dem Landesjugendamt Schleswig-Holstein zu erwarten. Erstattung dieser Aufwendungen wird jedoch zeitverzögert erst im Haushaltsjahr 2017 erfolgen.

Die Höhe der zusätzlichen Aufwendungen beträgt 6.952.000 €

Hinzu kommen Mindereinnahmen (Zeilen 3 und 6) im Rahmen der Budgets in Höhe von 1.474.000 €

In Abzug zu bringen sind die für 2016 angekündigte Abschlagszahlen des Landes für Jugendhilfemaßnahmen von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) 1.127.000 €

In Abzug zu bringen sind Minderaufwendungen in der Sozialstaffel Kindertageseinrichtungen 900.000 €

Insgesamt werden zusätzliche Mittel in Höhe von **6.399.000 €** benötigt.

Somit wird durch die oben angegebene zu erwartende Erstattung der Haushalt des Kreises letztendlich mit **174.000 €** belastet.

Eine Übersicht der Veränderungen in den einzelnen Produkten der benannten Teilpläne ist beigefügt.

Nach § 7 Abs. 3 der Budgetregelungen vom 12.12.2012 entscheidet der Hauptausschuss bei Budgetüberschreitungen über 50.000 €, wenn ein Ausgleich innerhalb des Budgets eines Fachbereiches nicht möglich ist.

Der Hauptausschuss wird um Zustimmung zu den überplanmäßigen Aufwendungen gebeten.

Norbert Schmidt

**Anlage/n:**  
Übersicht

Budget	Mehraufwendungen/Minderaufwendungen	Summe	Mehrerträge/Mindererträge	Summe	Begründung
31602	Eingliederungshilfen § 35 a Minderjährige Ambulant		Mindererträge	-178.000 €	Einnahmen Schulbegleitung wurden Ende 2015 vom Land gezahlt und in HH 2015 gebucht(138.000.-€) Geringere KE andere JÄ als geplant.
	Eingliederungshilfen § 35 a Minderjährige Ambulant/Mehraufwendungen	97.000 €			Steigende Fallzahlen. Z.Zt im Schnitt 142 Fälle statt 132 (Plan)
	Eingliederungshilfen § 35a Minderjährige Teilstationär/Mehraufwendungen	18.000 €			Steigende Fallzahlen. Z.Zt im Schnitt 5 Fälle statt 3(Plan)
	Eingliederungshilfen § 35a Minderjährige vollstationär/Mehraufwendungen	57.000 €			Steigende Heimentgelte.
	Frühförderung SGB XII Mehraufwendungen	400.000 €	Mehrerträge	346.000 €	Steigende Fallzahlen im teilstationären Bereich. Z.Zt im Schnitt 121 Fälle statt 113(Plan).
	Eingliederungshilfen § 35a Volljährige Teilstationär/Mehraufwendungen	15.000 €			
	Eingliederungshilfen § 35 a Vollstationär/Mehraufwendungen	160.000 €			Steigende Fallzahlen. Z.Zt im Schnitt 13 Fälle statt 10(Plan).
363201	Förderung der Erziehung in der Familie Begleiteter Umgang § 18 Mehraufwendungen	15.000 €	Mehrerträge	24.000 €	Steigende Fallzahlen. Z.Zt im Schnitt 38 Fälle statt 32(Plan).
	Förderung der Erziehung in der Familie	167.000 €	Mehrerträge	15.000 €	Steigende Fallzahlen. Z.Zt im

	KM/KV-Kind-Unterbringung § 19 Mehraufwendungen				Schnitt 36 Fälle statt 34(Plan).
	Förderung der Erziehung in der Familie Hilfe in Notlagen Mehraufwendungen	60.000 €			Einzelfall mit Drillingen, alleinerziehende an Krebs erkrankte Mutter und zunächst bis zu 22 Stunden Betreuung pro Tag.
363201	Hilfen zur Erziehung § 27 III Anderweitiger Unterricht Mehrerträge		Mehrerträge	30.000 €	Erstattung Einzelfall von FD 4.1
	Hilfen zur Erziehung § 27 III Anderweitiger Unterricht Minderaufwendungen	-8.000 €			
	Hilfen zur Erziehung § 30 Erziehungsbeistandschaften		Mehrerträge	30.000 €	
	Hilfen zur Erziehung § 30 Erziehungsbeistandschaften Minderaufwendungen	-110.000 €			Zum Jahresanfang bis Mai deutlich gesunkene Fallzahlen (59 gegenüber 65 Planwert), allerdings seit Juni wieder ansteigend auf Planwert(aktuell 75 Fälle)
	Hilfen zur Erziehung Familienhilfen § 31 Mehraufwendungen	260.000 €			Steigende Fallkosten bei stabiler Fallzahl (402) gegenüber Plan(405).
	Hilfen zur Erziehung Familienhilfen § 31		Mehrerträge	230.000 €	Erstattung von Überzahlungen nach Spitzabrechnung durch Leistungserbringer
	Hilfen zur Erziehung Tagesgruppen § 32	80.000 €			Sinkende Fallzahlen , allerdings

	Mehraufwendungen					Pauschalfinanzierung bei 3 Tagesgruppen(Schule Altstadt (10 Plätze)und Ev.JH RD(18 Plätze)).
	Hilfen zur Erziehung Vollzeitpflege Mehraufwendungen	20.000 €				Steigende Fallzahlen. Z.Zt im Schnitt 295 Fälle statt 290(Plan).
	Hilfen zur Erziehung Vollzeitpflege			Mindererträge	-300.000 €	Fehlende Kostenerstattung anderer Jugendämter und leicht gesunkene Fallkosten.
	Hilfen zur Erziehung Heimerziehung § 34			Mindererträge	-1.400.000 €	Fehlende Kostenerstattung 2016 durch Land SH für 30 UMA
	Hilfen zur Erziehung Heimerziehung § 34 Mehraufwendungen	1.580.000 €				Steigende Fallzahlen UMA. Z.Zt im Schnitt 295 Fälle statt 290(Plan).
	Hilfen zur Erziehung Betreutes Wohnen § 34			Mindererträge	-27.000 €	
	Hilfen zur Erziehung Betreutes Wohnen § 34 Mehraufwendungen	336.000 €				Steigende Fallzahlen.UMA. Z.Zt im Schnitt 8 Fälle statt 3(Plan).
	ISPF § 35346.000 € Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung Mehraufwendungen	130.000 €				Steigende Fallzahlen.UMA Z.Zt im Schnitt 11 Fälle statt 6(Plan).
363401	Hilfen für junge Volljährige § 41 Ambulante Hilfen Minderaufwendungen	-15.000 €		Mindererträge	-12.000 €	

	Hilfen für junge Volljährige § 41 Vollstationäre Hilfen/§ 33 und Betr. Wohnen		Mindererträge	-60.000 €	Fehlende Kostenerstattung 2016 durch Land SH für laut Plan 2 UMA
	Hilfen für junge Volljährige § 41 Vollstationäre Hilfen/§ 33 und betr. Wohnen Mehraufwendungen	180.000 €			Steigende Fallzahlen.UMA Z.Zt im Schnitt 3 Fälle statt 1(Plan).
	Hilfen für junge Volljährige § 41 Vollstationäre Hilfen/§ 34 Heimerziehung Mehraufwendungen	700.000 €			Steigende Fallzahlen.UMA Z.Zt im Schnitt 22 Fälle statt 1(Plan).
363402	Inobhutnahmen § 42		Mindererträge	-160.000 €	Fehlende Kostenerstattung UMA Land SH
	Inobhutnahmen § 42 Mehrausgaben	2.780.000 €			Steigende Fallzahlen.UMA Z.Zt im Schnitt 56 Fälle statt 40(Plan) und längere Aufenthaltsdauer als geplant.
	Inobhutnahmen andere		Mindererträge	-12.000 €	Geringere Einnahmen aus Kostenbeiträgen von Eltern.
	Inobhutnahmen andere Mehraufwendungen	30.000 €			Steigende Fallzahlen und längere Maßnahmendauer
	<b>Mehraufwendungen/Minderaufwendungen Insgesamt</b>	<b>6.952.000 €</b>	<b>Mehrerträge/Mindererträge Insgesamt</b>	<b>1.474.000 €</b>	
	Abzüglich Abschläge durch das Land für Inobhutnahmen/Anschlussmaßnahmen UMA ab 01.11.2015		1.127.000 €		Teilplan 363301- Produkt:3633-1-081
	Abzüglich Reduzierte Aufwendungen bei der Sozialstaffel/Kita		900.000 €		Fachdienst 3.1- Teilplan 361101-Produkt:3611-1-010



<b>Beschlussvorlage</b>	Vorlage-Nr: VO/2016/036 Status: öffentlich Datum: 21.11.2016 Ansprechpartner/in: Groeper, Sabine Bearbeiter/in: Groeper, Sabine	
Federführend: S 05 Stabsstelle Finanzen		
Mitwirkend:	<b>öffentliche Beschlussvorlage</b>	
<b>Haushaltsangelegenheiten; Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017</b>		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Hauptausschuss	Beratung
Öffentlich	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Beratung

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag

- die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 in der Fassung der beigefügten Veränderungslisten (Stand: 23.11.2016) und die in der Sitzung am 01.12.2016 gefassten Beschlüsse sowie
- den Stellenplan einschließlich der Änderungsliste und der in der Sitzung gefassten Beschlüsse zu beschließen.

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Hauptausschusses

- die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 in der Fassung der beigefügten Veränderungslisten (Stand: 23.11.2016) und der in der Sitzung gefassten Beschlüsse sowie
- den Stellenplan einschließlich der Änderungsliste und der in der Sitzung gefassten Beschlüsse.
- 

**1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:** entfällt

**2. Sachverhalt:**

## Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 ist von den Fachausschüssen des Kreistages beraten worden. Die von den Fachausschüssen beschlossenen Änderungen des Haushaltsentwurfes sowie die Änderungen zum Finanzausgleich aufgrund der November-Steuerschätzung sind in der als Anlage 1 beigefügten Veränderungsliste zusammengefasst (Stand: 22.11.2016).

In der Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 17.11.2016 wurde zum Teilhaushalt 537101 – Abfallwirtschaft – folgender Beschluss gefasst:

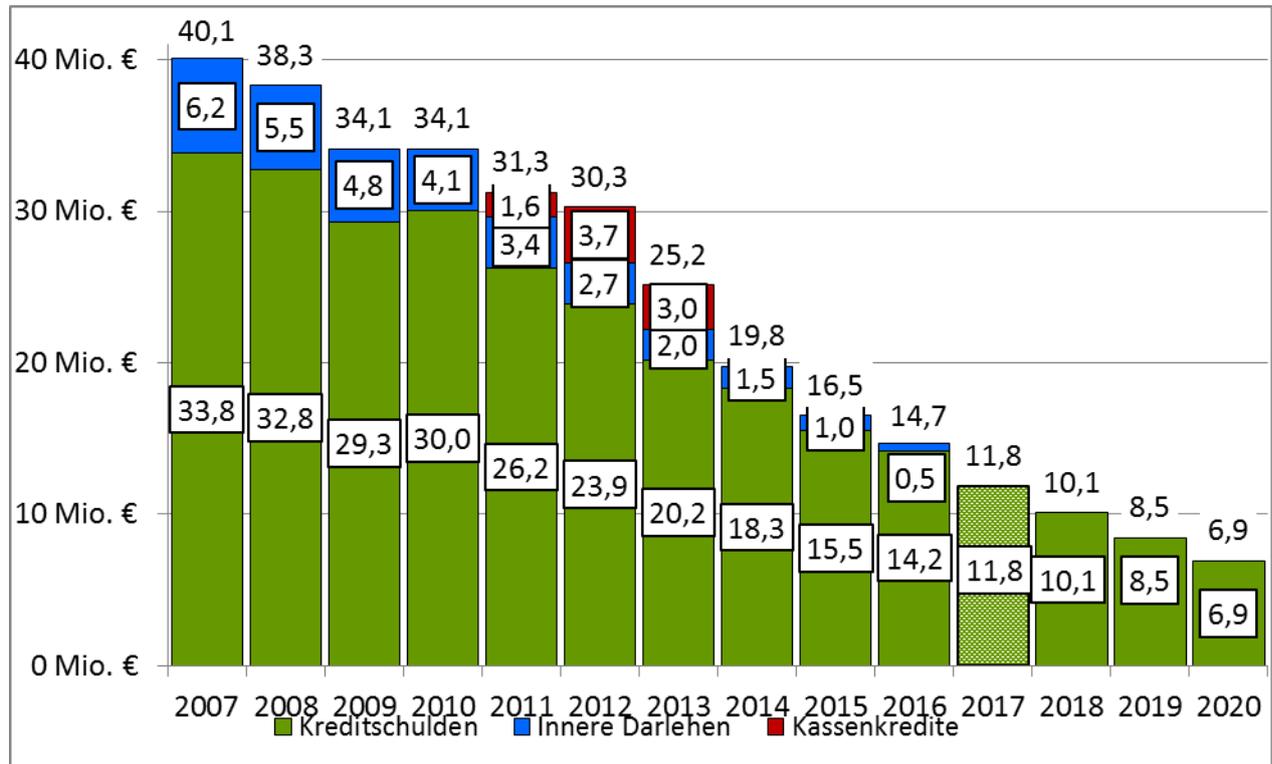
*Entlastung der Abfallwirtschaft bei Personalkosten/Interner Leistungsverrechnung um 50.000 €.*

Um diesem Beschluss Rechnung zu tragen, wird im Teilhaushalt 537101 – Abfallwirtschaft ein um 50.000 € schlechteres Ergebnis ausgewiesen, dass den Kreishaushalt belastet, da zu prüfen ist, wie die Personalaufwendungen bzw. die Interne Leistungsverrechnung entsprechend verringert werden können.

Aus der beigefügten Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf der Verwaltung ergeben sich folgende Festsetzungen für die Haushaltssatzung (Anlage 2).

	<b>Stand Verwaltungsentwurf 2017</b>	<b>Stand Veränderungsliste 22.11.2016</b>
Im Ergebnisplan		
Gesamtbetrag der Erträge	360.959.200	<b>360.657.800</b>
Gesamtbetrag der Aufwendungen	361.538.400	<b>362.309.100</b>
Jahresfehlbetrag	579.200	<b>1.651.300</b>
Im Finanzplan		
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	351.168.500	<b>354.214.400</b>
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	350.610.700	<b>351.567.700</b>
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	4.244.200	4.244.200
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	6.262.800	6.262.800
Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0
Gesamtzahl der Verpflichtungsermächtigungen	0	0
Höchstbetrag der Kassenkredite	20.000.000	20.000.000
Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen	615,62	<b>623,32</b>
Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage	31 v. H.	31 v. H.

Die Schulden entwickeln sich wie folgt:



Die Schulden entwickeln sich im Haushaltsjahr 2017 voraussichtlich wie folgt:

Schuldenstand 31.12.2016 nach dem Stand September 2016	13.705.600 Euro
abzüglich Tilgung Land aus Krankenhausfinanzierung	14.100 Euro
abzüglich ordentliche Tilgung 2017	1.847.100 Euro
zuzüglich Kreditbedarf für investive Maßnahmen 2017	0 Euro
zuzüglich Kassenkreditbedarf	0 Euro
Doppischer Schuldenstand 31.12.2017 (ohne innere Darlehen)	11.844.400 Euro

Nachrichtlich: Stand innere Darlehen am 31.12.2017	0 Euro
Schuldenstand am 31.12.2017 einschließlich innerer Darlehen	11.844.100 Euro

## Stellenplan 2016

Nach dem Stellenplanquerschnitt ergibt sich im Verwaltungsentwurf 2017 eine Gesamtzahl von 615,62 Stellen. Nach der als Anlage 3 beigefügten Änderungsliste zum Stellenplanentwurf ergibt sich eine Veränderung von insgesamt +7,70 Stellen, so dass die Gesamtzahl für 2017 **623,32** Stellen beträgt.

Zum Personalbudget 2017 wird auf die Vorlagen VO/2016/016 und VO/2016/016-001 verwiesen. Ausführungen zu den Budgets 2017 enthalten die Vorlagen VO/2016/023 und VO/2016/023-001.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sachverhalt

**Anlage/n:**

**Veränderungsliste zum Haushaltsentwurf 2017 -Ergebnisplan-**

Nr.	Seite	Teil-Leistung	Zeile	Konto	Bezeichnung	Erträge		Aufwendungen		Differenz Erträge	Differenz Aufwendungen	Folgejahre 2018-2020	Beschluss	Bemerkung
						Haushalt 2017	neuer Betrag 2017	Haushalt 2017	neuer Betrag 2017					
<b>THH 122103 - Zuwanderung</b>														
1	139	1221-3-010	6	4481	Aufnahme- und Integrationspauschale	4.000.000	2.500.000			-1.500.000				Aufnahme- und Integrationspauschale gem. Kommunalpaket II ab 01.01.2017 (1.250 €)
2	139	1221-3-011	16	5452	Erstattung Aufnahme- und Integrationspauschale an Gemeinden			4.000.000	2.500.000		-1.500.000			Weiterleitung Aufnahme- und Integrationspauschale an Gemeinden
<b>THH 263101 - Musikschulen</b>														
3	235	2631-1-000	15	531800	Zuschüsse für den Musikunterricht			120.400	168.400		48.000	2018: 147.700 2019: 152.200 2020: 156.700	Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Bildung vom 14.11.2016	Die Mittelerrhöhung setzt sich folgendermaßen zusammen : - Erhöhung des Grundzuschussbetrages (20.000 €) - Anstellung einer 0,5 Kraft befristet für 2017 (25.000 €) - Personalkostensteigerung von 1,0% auf 3,0 % erhöhen (3.000 €)
<b>THH 281101 - Heimat- und sonstige Kulturpflege</b>														
4	251	2811-1-000	13	527120	Verbrauchsmittel Kreiskulturbeauftragter			15.000	20.000		5.000	2018: 15.000 2019: 15.000 2020: 15.000	Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Bildung vom 14.11.2016	Für die Herstellung einer Broschüre über "Kulturmöglichkeiten im Kreisgebiet" sollen dem Kreiskulturbeauftragten nur für diesen Zweck einmalig zusätzlich 5.000 € zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen alle nicht verbrauchten HH-Mittel des HH-Ansatzes für den Kreiskulturbeauftragten aus 2016 nach Abzug des Betrages der ungedeckten Kosten von 3.300 € für die Wanderausstellung über Landräte zur NS-Zeit ins Jahr 2017 übertragen werden.
<b>THH 313901 - Dezentrale Betreuung Asylbewerber</b>														
5	312	3139-1-010	2	4141	Integrationsfestbetrag	0	1.615.000			1.615.000				Integrationsfestbetrag gem. Kommunalpaket III
6	312	3139-1-010	15	53180	Integrationsleistungen			0	300.000		300.000		Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 17.11.2016	
7	312	3139-1-010	16	5452	Weiterleitung Integrationsfestbetrag an Gemeinden			0	1.372.800		1.372.800			Weiterleitung Integrationsfestbetrag gem. Kommunalpaket III. Die Kreise behalten im Wege des Vorwegeabzuges einen Betrag in Höhe von 15% für die kreislichen Integrationsaufgaben.
<b>THH 331101 - Förderung der Wohlfahrtspflege</b>														

Nr.	Seite	Teil-Leistung	Zeile	Konto	Bezeichnung	Erträge		Aufwendungen		Differenz Erträge	Differenz Aufwendungen	Folgejahre 2018-2020	Beschluss	Bemerkung
						Haushalt 2017	neuer Betrag 2017	Haushalt 2017	neuer Betrag 2017					
8	339	3311-3-000	15	5318	Zuschüsse an Träger der Wohlfahrtspflege			35.800	47.800		12.000		Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 17.11.2016	Praxis ohne Grenzen
<b>THH 331102 - Suchtberatung</b>														
9	343	3311-2-000	15	5318	Suchtberatung			120.000	138.000		18.000		Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 17.11.2016	Zuschüsse für die Suchtberatung und -prävention Kirchenkreise Rendsburg und Eckernförde sowie "Die Brücke e.V."
10	343	3311-2-000	15	5318	Drogenberatung und Prävention			30.000	34.500		4.500		Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 17.11.2016	Zuschuss an "Droge 70"
<b>THH 361101 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen</b>														
11	362	3611-1-021	15	531241	Zuw.Betriebskosten KITA-Ü 3			2.942.900	3.609.600		666.700	3.609.600	Jugendhilfeausschuss vom 16.11.2016	Erhöhung Betriebskostenzuschuss Kreis (2.000.000.-€) 2/3 Ü3 und 1/3 U3
12	362	3611-1-021	15	531244	Zuw.Gem.U3-Förd.KITA			2.193.300	2.526.600		333.300	2.526.600		Erhöhung Betriebskostenzuschuss Kreis (2.000.000.-€) 2/3 Ü3 und 1/3 U3
13	362	3611-1-021	15	531841	Zusch.Betriebskosten KITA-Ü 3			2.942.900	3.609.600		666.700	3.609.600		Erhöhung Betriebskostenzuschuss Kreis (2.000.000.-€) 2/3 Ü3 und 1/3 U3
14	362	3611-1-021	15	531844	Zusch.Gem.U3-Förd.KITA			2.193.300	2.526.600		333.300	2.526.600		Erhöhung Betriebskostenzuschuss Kreis (2.000.000.-€) 2/3 Ü3 und 1/3 U3
<b>THH 361201 - Tagespflege</b>														
15	367	3612-1-010	15	53322	Soz.Leist.SGB VIII iE			1.800.000	1.993.000		193.000	2.057.000	Jugendhilfeausschuss vom 16.11.2016	Anhebung Stundensatz von 3,50 € auf 4 € ab 01.04.17, Änderung Richtlinie erfolgt im 1. Quartal 2017
16	367	3612-1-010	15	53180	Zuschuss an Übrige lfd.			0	7.000		7.000	7.000		Erstausrüstungspauschale, Änderung Richtlinie erfolgt im 1.Quartal 2017
17	367	3612-1-020	13	52915	Veranstaltung			4.000	5.000		1.000	5.000		Werbung von Tagespflegepersonen
18	367	3612-1-020	15	53180	Zuschuss an Übrige lfd.			5.500	6.000		500	6.000		Qualifikation von Tagespflegepersonen, Änderung Richtlinie erfolgt im 1.Quartal 2017
<b>THH 362101 - Jugendarbeit</b>														
19	370	3621-1-010	15	53180	Zuschuss an Übrige lfd.			327.800	33.400		5.600	333.400	Jugendhilfeausschuss vom 16.11.2016	Erhöhung Zuschuß für politische Jugendorganisationen(2.000.-€) und Anpassung Streetworkprojekt RD(3.600.-€)
<b>THH 363201 - Förderung der Erziehung in der Familie</b>														
20	377	3632-1-010	15	53180	Zuschuss an Übrige lfd.			30.000	0		-30.000		Jugendhilfeausschuss vom 16.11.2016	Umbuchung in Familienzentren TP 367202

Nr.	Seite	Teil-Leistung	Zeile	Konto	Bezeichnung	Erträge		Aufwendungen		Differenz Erträge	Differenz Aufwendungen	Folgejahre 2018-2020	Beschluss	Bemerkung
						Haushalt 2017	neuer Betrag 2017	Haushalt 2017	neuer Betrag 2017					
<b>THH 363301 - Hilfe zur Erziehung</b>														
21	381	3633-1-072	15	53180	Zuschuss an Übrige lfd.			2.500	4.000		1.500	2.500	Jugendhilfeaus schuss vom 16.11.2016	Jubiläum Pflegeelternverein Zuschuss zweckgebunden für Referentenonorar und Kinderbetreuung
<b>THH 367202 - Zuschüsse für Familienzentren</b>														
22	423	3672-2-000	15	53180	Zuschuss an Übrige lfd.			210.000	240.000		30.000	24.000	Jugendhilfeaus schuss vom 16.11.2016	Umbuchung von Elternschulen TP 363201
<b>THH 412101 - Sozialpsychiatrischer Dienst</b>														
23	445	4121-1-020	15	5318	Hilfen für psychisch Kranke gem. PsychKG			30.000	34.500		4.500		Sozial- und Gesundheitsau schuss vom 17.11.2016	
<b>THH 414102 - § 218 Beratung</b>														
24	457	4141-6-000	15	53180	Zuschuss an Übrige lfd.			24.200	24.500		300	24.900	Jugendhilfeaus schuss vom 16.11.2016	Anpassung Schwangerenberatung
<b>THH 511101 - Planung</b>														
25	471	5111-1-000	16	543182	Sachverständige, Gutachten			0	25.000		25.000		Regionalentwic klungsausschu ss vom 17.11.2016	Zur Anteilsfinanzierung von Projekten der Kiel-Region werden zweckgebunden Mittel in den Haushalt eingestellt
<b>THH 537101 - Abfallwirtschaft</b>														
26	500	5371-1-000	4	4381	Auflösung Geb.ausgleich	480.900	17.800			-463.100		2018: -397.100 2019: -59.900 2020: -402.000		
27	500	5371-1-000	5	44622	Abfallentgelt neu	16.517.800	16.964.600			446.800		2018: -16.964.600 2019: -17.637.100 2020: -17.637.100		
28	500	5371-1-000	6	4482	Erstattung Gemeinde	4.500.000	4.579.700			79.700		2018: -4.603.100 2019: -4.626.700 2020: -4.650.400		
29	500	5371-1-000	6	4485	Erstattung, Verb.U.	25.400	107.000			81.600		2018: -25.400 2019: -25.400 2020: -25.400	Umwelt- und Bauausschuss	Vertrag Nachsorgerückl.

Nr.	Seite	Teil-Leistung	Zeile	Konto	Bezeichnung	Erträge		Aufwendungen		Differenz Erträge	Differenz Aufwendungen	Folgejahre 2018-2020	Beschluss	Bemerkung
						Haushalt 2017	neuer Betrag 2017	Haushalt 2017	neuer Betrag 2017					
30	500	5371-1-000	7	45823	Auflösung sp. Rückstellg.	3.041.200	157.000			-2.884.200		2018: -490.500 2019: -665.600 2020: -1.013.700	vom 17.11.2016	
31	500	5371-1-000	16a	5455	Erstattg. an verb. Untern.			20.474.000	20.855.300		381.300	2018: 21.206.500 2019: 21.564.400 2020: 21.929.100		
32	500	5371-1-000	16a	54551	Erstattg. an AWR Nachsorge			3.041.200	157.000		-2.884.200	2018: 490.500 2019: 665.600 2020: 1.013.700		
33	500	5371-1-000	16a	5491	Zuf. Nachsorge-RS AW			896.900	710.600		-186.300	2018: 628.900 2019: 628.900 2020: 628.900		Vertrag Nachsorgerückl.
<b>THH 547101 - Förderung des ÖPNV</b>														
34	513	5471-1-000	6	448200	Erstattung Gemeinden	35.000	12.500				-22.500		Regionalentwicklungsausschuss vom 17.11.2016	Die gemäß KT-Beschluss vom 15.12.14 beschlossene 50% Kostenbeteiligung der Gemeinde Schacht-Audorf am Bus-Shuttle zum Bahnhof Schülldorf wird sich aufgrund der Neuvergabe des Stadtverkehrs Rendsburg von 35.000 € auf 12.500 € reduzieren (Vorschlag der Verwaltung)
35	513	5471-1-001	6	448200	Erstattung Gemeinden	12.500	0				-12.500			Die gemäß KT-Beschluss vom 15.12.14 beschlossene 50% Kostenbeteiligung der Gemeinde Schacht-Audorf am Bus-Shuttle zum Bahnhof Schülldorf entfällt ab 2017 und die Kosten für diese Linie übernimmt der Kreis zu 100%.
36	513	5471-1-002	15	531700	Zuschüsse an private Unternehmen			6.962.200	6.939.700		-22.500			Die Aufwendungen am Bus-Shuttle (Gemeinde Schacht-Audorf zum Bahnhof Schülldorf) reduzieren sich aufgrund der Neuvergabe des Stadtverkehrs Rendsburg von 35.000 € auf 12.500 € (Vorschlag der Verwaltung).

Nr.	Seite	Teil-Leistung	Zeile	Konto	Bezeichnung	Erträge		Aufwendungen		Differenz Erträge	Differenz Aufwendungen	Folgejahre 2018-2020	Beschluss	Bemerkung
						Haushalt 2017	neuer Betrag 2017	Haushalt 2017	neuer Betrag 2017					
37	513	5471-1-000	16	543181	Geschäftsaufwand Gutachten			32.000	232.000		200.000			Optimierung des ÖPNV im Kreis RD-ECK im Bereich der klassischen Linienverbesserungen und alternativer Bedienmodelle
<b>THH 551101 - Naturparks</b>														
38	517	5511-1-000	15	531800	Zuschüsse an Übrige laufend			72.000	79.200		7.200		Regionalentwicklungsausschuss vom 17.11.2016	Die dem Naturpark Aukrug e.V. im HH 2016 bewilligten und aufgrund nicht erfolgter Maßnahme an den Kreis erstatteten Mittel in Höhe von 7.200 € sollen im HH 2017 erneut zur Verfügung gestellt werden.
<b>THH 554101 - Ordnungsaufgaben der unteren Naturschutzbehörde</b>														
39	521	5541-1-040	15	5318	Zuschuss an Übrige lfd.			52.000	110.000		58.000		Umwelt- und Bauausschuss vom 17.11.2016	Förderung ehrenamtl. Naturschutzvereine/-verbände 8.000 € Unterstützung Naturschutz- und Gartenprojekte zzur Vermeidung von Abfällen und Ressourcenschonung 50.000 €
<b>THH 611101 - Steuern, Allgemeine Zuweisungen und Umlagen</b>														
40	541	6111-1-000	2	4111	Kreisschlüsselzuweisungen	58.795.300	59.746.000			950.700				Änderung aufgrund November-Steuerschätzung
41	541	6111-1-000	2	41821	Kreisumlage	83.094.400	85.605.000			2.510.600				
42	541	6111-1-000	2	41823	Finanzausgleichsumlage	1.887.800	784.300			-1.103.500				
<b>Aufstockung Personalbudget</b>														
43											19.000			Aufstockung der Ausbildungsplätze
44											120.000		Umwelt- und Bauausschuss vom 17.11.2016	EG 10/11 Stelle - Ingenieur EG 9 Stelle - Techniker
45	45	Gesamt	11	5011	Personalaufwendungen			32.476.200	33.194.700		65.000		Regionalentwicklungsausschuss vom 17.11.2016	Zusätzliche unbefristete Stelle (EG11) im ÖPNV Bereich
46											235.000			Erhöhung durch neue Entgeltordnung
47											279.500			Stellenmehrbedarf aufgrund der zu erwartenden Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes 2,7 Stellen A10 2,0 Stellen EG 9

**Differenz Erträge insgesamt                    -301.400**  
**abzüglich Differenz Aufwand                    770.700**  
**ergibt Haushaltsverbesserung/-verschlechterung    -1.072.100**

**HAUSHALTSSATZUNG**  
**DES KREISES RENDSBURG-ECKERNFÖRDE**  
**FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2017 - Entwurf**

Aufgrund des § 57 der Kreisordnung in Verbindung mit den §§ 95 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Kreistages vom 12.12.2016 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wird

1. im Ergebnisplan mit	
einem Gesamtbetrag der Erträge auf	360.657.800 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	362.309.100 EUR
einem Jahresfehlbetrag	1.651.300 EUR

und

2. im Finanzplan mit	
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender	
Verwaltungstätigkeit auf	354.214.400 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender	
Verwaltungstätigkeit	351.567.700 EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitions-	
tätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	4.244.200 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions-	
tätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	6.262.800 EUR

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für	
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	20.000.000 EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	<b>623,32</b> Stellen

## § 3

Der Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage wird einheitlich auf 31 v. H. festgesetzt.

## § 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Landrat seine Zustimmung nach § 95 d und § 95 f Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 50.000 EUR. Die Genehmigung des Kreistages gilt in diesen Fällen als erteilt.

Rendsburg, den

L a n d r a t



## Kreis Rendsburg-Eckernförde

Der Landrat  
 Fachbereich 1  
 Fachdienst 1.1

23.11.2016

### Änderungsliste zum Stellenplanentwurf 2017 vom 21.09.2016

Umwandlung von Stellen						
lfd. Nr.	Fachbereich	FD	Stellenanteil	von	nach	
430001	Soziales, Arbeit und Gesundheit	FDL 4.3	1	A 15	A 16	
32002	Zentrale Dienste	FDL 1.2	1	A 13	A 14	
neue Stellen gem. Beschlussvorlage für die HA-Sitzung am 01.12.2016						
	Fachbereich	Fachdienst	Stellenanteil	Bewertung	Funktion	Bemerkung
	FB 5	FD 5.3 - ÖPNV	1	EG 11	ÖPNV	
	FB 2	FD 2.2 -	1	EG 9	Umwelttechniker	
	FB 2	FD 2.2 -	1	EG 11	Umweltingenieur	
	FB 3	FD 3.2 - UVO-Kasse	2,7	A 10		
	FB 3	FD 3.2 - UVO-Kasse	2	EG 9		kw-Vermerk
<b>zusammen:</b>			<b>7,7</b>			



<b>Beschlussvorlage</b>		Vorlage-Nr:	VO/2016/016
Federführend: S 05 Stabsstelle Finanzen		Status:	öffentlich
		Datum:	10.11.2016
		Ansprechpartner/in:	Groeper, Sabine
		Bearbeiter/in:	Groeper, Sabine
Mitwirkend:		<b>öffentliche Beschlussvorlage</b>	
<b>Personalbudget ab 2017</b>			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Hauptausschuss	Beratung	
Öffentlich	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Beratung	

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Personalbudget 2017 in Höhe von 32.711.200 € einschl. eines Steigerungsbetrages in Höhe von 235.000 € für die Auswirkungen aufgrund der Einführung einer neuen Entgeltordnung zuzustimmen.

Der Kreistag beschließt das Personalbudget 2017 in Höhe von 32.711.200 € einschl. eines Steigerungsbetrages in Höhe von 235.000 € für die Auswirkungen der Einführung einer neuen Entgeltordnung.

### **1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:** entfällt

### **2. Sachverhalt:**

In der Sitzung des Hauptausschusses am 14.07.2016 hat der Hauptausschuss folgende Festlegungen für das Personalbudget 2017 beschlossen:

- a) Der Ausgangswert für das Personalbudget ab 2017 beträgt **31.705.300 €**. Zusätzlich wird ein flüchtlingsbedingter Mehraufwand in Höhe von **482.000 €** berücksichtigt. Aufgrund des im Rahmen des Abstimmungsgespräches am 15.06.2016 vorgetragenen Personalmehraufwandes bedingt durch deutlich gestiegene Fallzahlen erhält der Fachbereich Jugend und Familie einen Steigerungsbetrag in Höhe von **132.300 €** und der Fachbereich Soziales, Arbeit und Gesundheit einen Steigerungsbetrag in Höhe von **156.600 €**. Insgesamt beträgt das Personalbudget ab 2017 somit **32.476.200 €**.
- b) Als **jährliche Steigerungsrate** werden die tatsächlichen Tarifsteigerungen im Rahmen der Tarifabschlüsse bzw. die tatsächlichen Besoldungserhöhungen aufgrund des jeweiligen Besoldungsanpassungsgesetzes berücksichtigt.

- c) Soweit sich aufgrund der Einführung einer neuen Entgeltordnung tarifwirksame Auswirkungen ergeben, ist hierzu eine Vereinbarung zu treffen.
- d) Aus dem Personalbudget für die Jahre 2013 – 2016 werden **Budgetüberschüsse** in Höhe von maximal 1 Million € in das neue Personalbudget ab 2017 übertragen.
- e) Aus dem Personalbudget sind sämtliche Personalaufwendungen zur Wahrnehmung der derzeitigen Aufgaben der Kreisverwaltung zu bestreiten. Innerhalb dieses Budgetrahmens sind die Personalaufwendungen der Teilergebnispläne untereinander deckungsfähig.
- f) Bei Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene oder aufgrund von Beschlüssen des Kreistages oder der Fachausschüsse zur Wahrnehmung von weiteren Aufgaben über den heutigen Aufgabenbestand hinaus oder von bestehenden Aufgaben in größerem Maße oder von bestehenden Aufgaben in wesentlich anderer Qualität als bisher erfolgt eine Aufstockung des Personalbudgets. Dies gilt insbesondere für Bereiche, in denen die Gremien des Kreises zu dem Ergebnis kommen, dass durch einen erhöhten Personaleinsatz eine bessere Wirtschaftlichkeit erzielt werden kann (z.B. Verringerung von Transferaufwendungen).
- g) Bei Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene oder aufgrund von Beschlüssen des Kreistages oder der Fachausschüsse, durch die bestehende Aufgaben reduziert oder abgebaut werden, erfolgt eine Kürzung des Personalbudgets. Ebenso wird das Personalbudget bei Maßnahmen der Verwaltung, die zu einer Umwandlung von Personalkosten in Verwaltungssachausgaben führen, gekürzt.
- h) Überschüsse im Personalbudget ab 2017 dürfen maximal in Höhe von 1 Million € übertragen werden. Sollte die Übertragung von Budgetüberschüssen aus haushaltsrechtlichen Gründen bei unausgeglichenem Haushalt nicht zulässig sein (Vorrang des Haushaltsausgleiches), stellt die Verwaltung in geeigneter Weise sicher, dass die ersparten Personalaufwendungen zur Verfügung stehen. Die Verwaltung berichtet dem Hauptausschuss regelmäßig jährlich über das Ergebnis des abgelaufenen Jahres.

Auf der Basis dieses Beschlusses ist die Planung der Personalaufwendungen 2017 erfolgt und in den Haushaltsentwurf 2017 eingestellt worden. Im Rahmen der Berechnung des Personalaufwandes 2017 hat sich ein Bedarf in Höhe von 33.256.300 € ergeben. Dieser Bedarf liegt um 780.100 € über dem vereinbarten Personalbudget in Höhe von 32.476.200 €, so dass eine pauschale Kürzung zur Einhaltung des Budgetdeckels durchgeführt wurde.

Hinsichtlich der tarifwirksamen Auswirkungen der neuen Entgeltordnung liegen noch keine abschließenden Zahlen vor. Die neue Entgeltordnung wird zum 01.01.2017 in Kraft treten. Die Mehrkosten durch die neue Entgeltordnung für die Kommunen (TVöD-VKA) belaufen sich auf 1,2 % der Gesamtpersonalkosten der Beschäftigten, ohne Bezüge der Beamten und der Beschäftigten, die nach TVöD für den Sozial- und Erziehungsdienst vergütet werden. Eine Berechnung auf der Basis von 1,2 % ergibt einen Steigerungsbetrag in Höhe **235.000 €**. Einschließlich dieses Steigerungsbetrages beläuft sich das Personalbudget 2017 auf **32.711.200 €**.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Steigerung des Personalbudgets 2017 gegenüber dem Haushaltsentwurf 2017 um 235.000 € auf 32.711.200 €

**Anlage/n:**



<b>Beschlussvorlage</b>		Vorlage-Nr:	VO/2016/016-001
Federführend: S 05 Stabsstelle Finanzen		Status:	öffentlich
		Datum:	21.11.2016
		Ansprechpartner/in:	Groeper, Sabine
		Bearbeiter/in:	Groeper, Sabine
Mitwirkend:	<b>öffentliche Beschlussvorlage</b>		
<b>Personalbudget ab 2017</b>			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Hauptausschuss	Beratung	
Öffentlich	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Beratung	

### Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem Personalbudget 2017 in Höhe von 33.194.700 € zuzustimmen.

Der Kreistag beschließt das Personalbudget 2017 in Höhe von 33.194.700 €

### 1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt

### 2. Sachverhalt:

Ergänzend zur Vorlage vom 10.11.2016 wurden folgende Änderungen des Personalbudgets 2017 gegenüber dem Haushaltsentwurf 2017 von der Verwaltung vorgeschlagen bzw. von den Fachausschüssen beschlossen:

Personalbudget 2017 gem. Haushaltsentwurf 2017	32.476.200	
Steigerungsbetrag aufgrund Auswirkung neue Entgeltordnung	235.000	VO/2016/016
Aufstockung der Ausbildungsplätze beim Kreis Rendsburg-Eckernförde	19.000	VO/2016/976-001 HA 24.11.2016
2 Stellen im Fachdienst Umwelt	120.000	1 Stelle Techniker EG 9 1 Stelle Ingenieur EG 11 Umwelt- und Bauausschuss 17.11.2016
1 zusätzliche unbefristete Stelle (EG 11) im Bereich ÖPNV	65.000	Regionalentwicklungsausschuss 17.11.2016
Stellenmehrbedarf aufgrund der	279.500	2,7 Stellen A 10, davon 0,7

zu erwartenden Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes		Stelle gesonderte Freigabe durch den Hauptausschuss 2 Stellen EG 9 (mit kw-Vermerk)
Personalbudget 2017 einschl. Aufstockungen	<b>33.194.700</b>	

:

**Finanzielle Auswirkungen:** Personalbudget 2017 steigt um 718.500 € gegenüber dem Haushaltsentwurf 2017.

**Anlage/n:**



<b>Beschlussvorlage</b>	Vorlage-Nr: VO/2016/023 Status: öffentlich Datum: 15.11.2016 Ansprechpartner/in: Groeper, Sabine Bearbeiter/in: Groeper, Sabine	
Federführend: S 05 Stabsstelle Finanzen		
Mitwirkend:	<b>öffentliche Beschlussvorlage</b>	
<b>Budgets 2017</b>		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Hauptausschuss	Beratung
Öffentlich	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Beratung

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Budgetübersichten für das Haushaltsjahr 2017 zu beschließen.

Der Kreistag beschließt die Budgetübersichten für das Haushaltsjahr 2017.

### **1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt**

### **2. Sachverhalt:**

Die Budgetregelungen wurden in der Sitzung des Kreistages am 14.12.2015 beschlossen und traten am 01.01.2016 in Kraft. Anlagen zu den Budgetregelungen sind die Übersicht über die gebildeten Budgets und die Übersicht über die Konten der freiwilligen Leistungen. Die Budgetübersichten wurden für 2017 überarbeitet und dem Stand der Verwaltungsorganisation ab 01.07.2016 angepasst. Im Einzelnen wurden folgende Anpassungen vorgenommen:

Das Budget 10301 – Koordinierung Integration – mit dem Teilhaushalt 313901 – Dezentrale Betreuung Asylbewerber – wurde neu geschaffen. Ebenso wurden die Budgets 23101 Zuwanderung (Teilhaushalt 122103 – Zuwanderung) und 23301 Asylunterkunft (Teilhaushalt 315501 – Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber) neu geschaffen.

Aufgelöst wurde das Budget 04101 – Koordinierungsstelle soziale Hilfen. Der Teilhaushalt 311901 – Koordinierungsstelle soziale Hilfe wurde dem Budget 05101 – Finanzwesen zugeordnet. Hier erfolgt nur noch die Darstellung der Zahlungen für die zur KOSOZ abgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die vorgeschlagenen Änderungen sind in der beigefügten Budgetübersicht (Anlage

1) rot gekennzeichnet. Die Übersicht über die Konten der freiwilligen Leistungen ist dem Stand des Haushaltsentwurfes 2017 angepasst worden (Anlage 2).

**Finanzielle Auswirkungen:** keine

**Anlage/n:**

**Budgetübersicht 2017**  
Stand: 31.10.2016

Anlage 1

HH-Jahr 2017	Bezeichnung des Budgets	Bezeichnung des Teilplanes		Aus- schuss	FD / FB
01101	Kreisorgane	11101	Landrat	HA	Büro d. Landrats
		111408	Controlling	HA	Büro d. Landrats
01102	Personalrat	111301	Personalrat	HA	Personalrat
01103	Gleichstellungsstelle	111302	Gleichstellungsstelle	HA	Gleichstellungsstelle
02101	Rechnungs- und Gemeindeprüfung	111202	Rechnungs- und Gemeindeprüfung	HA	Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt
05101	Finanzwesen	111407	Finanzbuchhaltung	HA	Finanzen
		311901	Koordinierungsstelle soziale Hilfen	HA	Finanzen
		411102	imland GmbH	HA	Finanzen
		531101	Elektrizitätsversorgung	HA	Finanzen
		573201	Zweckverband Sparkasse RD-Eck	HA	Finanzen
05102	Allgemeine Finanzwirtschaft	611101	Steuern, allgem. Zuweisungen und Umlagen	HA	Finanzen
		612101	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	HA	Finanzen
05701	Wohnungsbauförderung	522101	Wohnungsbauförderung	REA	Finanzen
10101	Datenschutz	111409	Datenschutzbeauftragte/r	HA	Zentrale Dienste
10301	Dezentrale Betreuung Asylbewerber	313901	Dezentrale Betreuung Asylbewerber	SoGA	Personal, Organisation und allgemeine Dienste
11101	Personal	111103	Kreistag/Ausschüsse	HA	Personal, Organisation und allgemeine Dienste
		111401	Innere Dienstleistungen	HA	Personal, Organisation und allgemeine Dienste
		111402	Personal, Besoldung	HA	Personal, Organisation und allgemeine Dienste
		573101	Fuhrpark	HA	Personal, Organisation und allgemeine Dienste
12101	IT-Service	111102	Fraktionen	HA	IT-Service
		111405	IT-Service	HA	IT-Service
21101	Ordnungswesen und Verkehr	111406	Rechtsamt	HA	Allgemeine Ordnungsverwaltung und Verkehr
		122101	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	HA	Allgemeine Ordnungsverwaltung und Verkehr
		122201	Verkehrsangelegenheiten	HA	Allgemeine Ordnungsverwaltung und Verkehr
22501	Umweltschutzmaßnahmen	561101	Umweltschutzmaßnahmen	UBA	Umwelt
		554101	Ordnungsaufgaben der unteren Naturschutzbehörde	UBA	Umwelt
22502	Abfallwirtschaft	537101	Abfallwirtschaft	UBA	Umwelt
23101	Zuwanderung	122103	Zuwanderung	HA	Zuwanderung
23301	Asylunterkunft	315501	Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber	SoGA	Zuwanderung
24101	Veterinäraufsicht und Fleischhygiene	122102	Veterinäraufsicht	HA	Veterinär- und Lebensmittelaufsicht
		122301	Verbraucherschutz	HA	Veterinär- und Lebensmittelaufsicht
		414201	Fleischhygiene	HA	Veterinär- und Lebensmittelaufsicht
25101	Kommunalaufsicht	111201	Aufsicht/Prüfung Kommunen, Standesämter Statistik und Wahlen	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehresen
		121101		HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehresen
25102	Beteiligungsverwaltung, EU	111204	Beteiligungsverwaltung, EU	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehresen
		261101	Theater	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehresen
		273101	Nordkolleg Rendsburg GmbH	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehresen
25103	Brand- und Katastrophenschutz	126101	Brandschutz	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehresen
		128101	Katastrophenschutz	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehresen
25301	Rettungsdienst	127101	Rettungsdienstangelegenheiten	SoGA	Kommunalaufsicht und Feuerwehresen
25701	Wirtschaftsförderung	571101	Wirtschaftsförderung/Wirtschaftsförderungs-gesellschaft (WFG)	REA	Kommunalaufsicht und Feuerwehresen
30601	Prävention und Projekte	363602	Prävention und Projekte	JHA	Jugend und Familie
31201	Förderung des Sportes	421101	Förderung des Sports	SSKB	Kinder, Jugend, Sport
31603	Jugendarbeit und Kindertagesstätten; Eingliederungshilfen nach SGB VIII	361101	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		361201	Tagespflege	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		362101	Jugendarbeit	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		363101	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		365101	Kinder in Kindertageseinrichtungen	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		367202	Familienzentren	JHA	Kinder, Jugend, Sport

**Budgetübersicht 2017**  
Stand: 31.10.2016

Anlage 1

HH-Jahr 2017	Bezeichnung des Budgets	Bezeichnung des Teilplanes	Aus- schuss	FD / FB
		367601 Tagesgruppen des Kreises	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		363403 Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		363404 Eingliederungshilfen f. junge Volljährige n. §§ 41/35a SGB VIII	JHA	Kinder, Jugend, Sport
<b>32601</b>	<b>Amtsvormundschaften</b>	341101 Unterhaltsvorschussleistungen	JHA	Unterhalt, Amtsvormundschaften
		363501 Beistandschaften	JHA	Unterhalt, Amtsvormundschaften
<b>33601</b>	<b>Jugendhilfe</b>	363201 Förderung der Erziehung in der Familie	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363301 Hilfen zur Erziehung	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363401 Hilfen für junge Volljährige	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363402 Inobhutnahmen	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363502 Mitwirkung vor Gericht	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363503 Adoptionsvermittlung	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363901 Verwaltung der Jugendhilfe	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		367501 Erziehungsberatungsstellen	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		414102 Schwangerenberatung	JHA	Jugend- und Sozialdienst
<b>40301</b>	<b>Leistungen nach dem SGB II</b>	312101 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)	SoGA	Soziale Sicherung
<b>40303</b>	<b>Jobcenter SGB II</b>	312104 Jobcenter SGB II	SoGA	Soziales, Arbeit und Gesundheit
<b>41301</b>	<b>Eingliederungshilfen nach SGB XII, Betreuungsbehörde, Suchtberatung und Sozialpsychiatrischer Dienst</b>	311301 Eingliederungshilfe	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
		311501 Hilfe bei besonderen sozialen Schwierigkeiten	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
		311903 Verwaltung der Eingliederungshilfe nach SGB XII	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
		331102 Suchtberatung	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
		343101 Betreuungsbehörde	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
		412101 Sozialpsychiatrischer Dienst	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
<b>42301</b>	<b>Soziale Sicherung</b>	242101 Ausbildungsförderung	SoGA	Soziale Sicherung
		311101 Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL)	SoGA	Soziale Sicherung
		311201 Hilfe zur Pflege	SoGA	Soziale Sicherung
		311401 Hilfe zur Gesundheit	SoGA	Soziale Sicherung
		311502 Hilfe in anderen Lebenslagen	SoGA	Soziale Sicherung
		311601 Grundsicherung im Alter	SoGA	Soziale Sicherung
		311902 Verwaltung der Sozialhilfe	SoGA	Soziale Sicherung
		313101 Hilfen für Asylbewerber	SoGA	Soziale Sicherung
		315101 Soziale Einrichtungen	SoGA	Soziale Sicherung
		315102 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	SoGA	Soziale Sicherung
		315201 Pflegestützpunkte	SoGA	Soziale Sicherung
		321101 Kriegsoferfürsorge (KOF)	SoGA	Soziale Sicherung
		331101 Förderung der Wohlfahrtspflege	SoGA	Soziale Sicherung
		345101 Leistungen nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	SoGA	Soziale Sicherung
		351101 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	SoGA	Soziale Sicherung
<b>43301</b>	<b>Gesundheitsdienste</b>	414101 Gesundheitspflege	SoGA	Gesundheitsdienste
<b>43302</b>	<b>Krankenhausfinanzierung</b>	411101 Krankenhausfinanzierung	SoGA	Gesundheitsdienste
<b>50501</b>	<b>Klimaschutz</b>	<b>511102 Klimaschutz</b>	<b>UBA</b>	<b>Regionalentwicklung, Bauen und Schule</b>
<b>50701</b>	<b>Naturparks</b>	551101 Naturparks	REA	Regionalentwicklung, Bauen und Schule
<b>51502</b>	<b>Liegenschaften, Straßenbau</b>	111403 Liegenschaftsmanagement	UBA	Gebäudemanagement
		521103 Gutachterausschuss	UBA	Gebäudemanagement
		541101 Gemeindestraßen	UBA	Gebäudemanagement
		542101 Kreisstraßen	UBA	Gebäudemanagement
<b>52501</b>	<b>Bauaufsicht</b>	521102 Bauaufsicht	UBA	Bauaufsicht und Denkmalschutz
<b>52701</b>	<b>Denkmalschutz</b>	523101 Denkmalschutz und -pflege	REA	Bauaufsicht und Denkmalschutz
<b>53701</b>	<b>Schülerbeförderung</b>	241101 Schülerbeförderung	REA	Regionalentwicklung
<b>53702</b>	<b>Bauplanung</b>	511101 Regionale und überregionale Planung	REA	Regionalentwicklung
<b>53703</b>	<b>Förderung des ÖPNV</b>	547101 Förderung des ÖPNV	REA	Regionalentwicklung
<b>54201</b>	<b>Regionales Berufsbildungszentrum I</b>	233201 Regionales Berufsbildungszentrum I (Eck- und RD - WSW)	SSKB	Schul- und Kulturwesen
<b>54202</b>	<b>Regionales Berufsbildungszentrum II</b>	233202 Regionales Berufsbildungszentrum am NOK (II)	SSKB	Schul- und Kulturwesen
<b>54204</b>	<b>Sternschule</b>	221101 Sternschule - Förderzentrum S	SSKB	Schul- und Kulturwesen
<b>54205</b>	<b>Schule am Noor</b>	221102 Schule am Noor - Förderzentrum G	SSKB	Schul- und Kulturwesen

**Budgetübersicht 2017**  
**Stand: 31.10.2016**

Anlage 1

HH-Jahr 2017	Bezeichnung des Budgets	Bezeichnung des Teilplanes		Aus- schuss	FD / FB
54206	Schule Hochfeld	221103	Schule Hochfeld - Förderzentrum G	SSKB	Schul- und Kulturwesen
54207	Schule An den Eichen	221104	Schule an den Eichen - Förderzentrum G	SSKB	Schul- und Kulturwesen
54208	Allgemeine Schulangelegenheiten	111203	Schulaufsicht	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		217101	Gymnasien	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		221105	Förderzentrenangelegenheiten	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		231105	FS ländliche Haushaltswirtschaft	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		233108	Berufsschulangelegenheiten	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		243101	Sonstige schulische Aufgaben	SSKB	Schul- und Kulturwesen
54209	Kulturwesen	252101	Nichtwissenschaftliche Museen	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		263101	Musikschulen	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		271101	Volkshochschulen	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		272101	Büchereien	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		281101	Heimat- und sonstige Kulturpflege	SSKB	Schul- und Kulturwesen
54211	Kreisarchiv	252102	Kreisarchiv	SSKB	Schul- und Kulturwesen

HH-Jahr 2017	Bezeichnung des Budgets	Bezeichnung des Teilplanes		Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	Freiwillige Aufwendungen	Drittmittel für freiwillige Aufwendungen	Konten freiwillige Leistungen	Ausschuss	FD / FB
11101	Personal	111103	Kreistag/Ausschüsse	Beiträge und Umlagen (Landkreistag, Europa-Union)	165.900	0	54292	HA	FD 1.1
		111402	Personal, Besoldung	Beitrag Kommunalen Arbeitgeberverband (4.600 €), Beitrag an KGSt. (7.100 €), Umlage Schulverein (15.500 €) und Umlage Berufe-SH.de (2.200 €)	29.400	0	54292	HA	FD 1.1
12101	IT-Service	111102	Fraktionen	Zuschüsse an Kreistagsfraktionen/Rückzahlung von Fraktionszuschüssen	85.000	2.000	5318; 4488	HA	FD 1.2
21101	Ordnungswesen und Verkehr	122101	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	Integrationsleistungen	0	0	5315	HA	FD 2.1
		122201	Verkehrsangelegenheiten	Zuschuss Kreisverkehrswacht	4.100	0	5318	HA	FD 2.1
24101	Veterinäraufsicht und Fleischhygiene	122102	Veterinäraufsicht	Zuschüsse an Tierschutzvereine	27.000	0	5318	HA	FD 2.4
25102	Beteiligungsverwaltung	261101	Theater	Zuschuss Landestheater	505.600	0	5316	HA	FD 2.5
		273101	Nordkolleg Rendsburg GmbH	Beitrag Nordkolleg (61.000 €), Bürgerschaftsprovision (600 €), Ertragszuschuss an das Nordkolleg (133.400 €)	194.400	600	54292; 4563;5316	HA	FD 2.5
<b>Summe Hauptausschuss</b>					<b>1.011.400</b>	<b>2.600</b>			
54208	Allgemeine Schulangelegenheiten	217101	Gymnasien	Kapitaldienst Gem. Kronshagen (12.300 €) bzw. SV Gettorf (5.700 €)	18.000	0	5322	SSKB	FD 5.3
54209	Kulturwesen	252101	Nichtwissenschaftliche Museen	Zuschuss Jüdisches Museum	33.200	0	5318	SSKB	FD 5.3
		263101	Musikschulen	Mietkosten fikt. (111.600 €), Zuschuss Musikschule (120.400 €)	232.000	0	5318	SSKB	FD 5.3
		271101	Volkshochschulen	Zuschuss Abend VHS (79.400 €), dän. Erwachsenenbildung (2.000 €)	81.400	0	5318	SSKB	FD 5.3
		272101	Büchereien	Standbüchereien (312.400 €), Fahrbüchereien (126.200 €), Dän. Büchereiwesen (18.800 €)	457.400	0	5318; 54292	SSKB	FD 5.3
		281101	Heimat- und sonstige Kulturpflege	Zuschüsse Patenschaftsarbeit Nordschleswig (1.500 €), Jugend Musiziert (2.500 €), Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (1.500 €), Heimatgemeinschaft Eck (1.100 €), Kreisverband RD für Heimatkunde und Geschichte (1.100 €), Beiträge an Vereine und Verbände (7.100 €)	14.800	0	5318; 54292	SSKB	FD 5.3
31201	Förderung des Sportes	421101	Förderung des Sports	Zuschüsse DLRG und Kreissportverband (320.500 €), Koordinierungsstelle zur Umsetzung des	370.500	0	5318; 52917	SSKB	FD 3.1
<b>Summe Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Bildung</b>					<b>1.207.300</b>	<b>0</b>			
41301	Eingliederungshilfen nach SGB XII, Suchtberatung und sozialpsychiatrischer Dienst	331102	Suchtberatung	Zuschüsse Suchtgefährdetenhilfe (12.500 €), Drogenberatung und -prävention (120.000 €), Zuschuss Droge 70 (30.000 €), Kommunalisierte Landesmittel für Suchtberatung und -prävention (112.700 €)	275.200	112.700	5318; 4141	SoGA	FD 4.1
		343101	Betreuungsbehörde	Zuschuss Betreuungsverein	50.000	0	5318	SoGA	FD 4.1
		412101	Sozialpsychiatrischer Dienst	Zuschuss dezentrale Psychiatrie (30.000 €; 64.100 € kommunalisierte Landesmittel)	94.100	64.100	5318; 4141	SoGA	FD 4.1
42301	Soziale Sicherung	315101	Soziale Einrichtungen	Zuschüsse Kreissenorenrat (2.000 €), Frauenhaus (268.300 €), Frauenberatung (77.300 €) Projekt KIK (14.400 €), Landeszuweisung Frauenhaus, Frauenberatung und Projekt KIK	362.000	360.000	5318; 4141	SoGA	FD 4.2
		315201	Pflegestützpunkte	Zuschüsse an die Nebenstellen	78.500	0	5318	SoGA	FD 4.2
		331101	Förderung der Wohlfahrtspflege	Zuschüsse Bahnmissionsmissionen (5.600 €), Frauenberatung - Via (25.000 €), Migrationssozialberatung (5.200 €), Verein für öffentl. und private Fürsorge (1.200 €)	37.000	0	5318; 54292	SoGA	FD 4.2
43301	Gesundheitsdienste	414101	Gesundheitspflege	Zuschuss Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (200 €), Zuschuss Praxis ohne Grenzen (2.500 €) Beiträge Schl.-Holst. Krebsgesellschaft und Gesellschaft zur Verhütung und	3.200	2.500	4141; 5318; 54292	SoGA	FD 4.3
<b>Summe Sozial- und Gesundheitsausschuss</b>					<b>900.000</b>	<b>539.300</b>			
31603		361201	Tagespflege	Maßnahmen Aktionsprogramm Tagespflege bzw. Qualifikation Tagespflege	5.500	0	5318	JHA	FD 3.1

HH-Jahr 2017	Bezeichnung des Budgets	Bezeichnung des Teilplanes		Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	Freiwillige Aufwendungen	Drittmittel für freiwillige Aufwendungen	Konten freiwillige Leistungen	Ausschuss	FD / FB
		362101	Jugendarbeit	Zuschüsse Kreisjugendring (13.900 €), Zuschüsse an politische Jugendorganisation (10.000 €), Zuschüsse an Jugendgruppen (84.400 €), Mitarbeiterfortbildung KJR (16.200 €), Aufwandsentschädigung außerschul. Jugendarbeit (58.800 €), Streetworkprojekte (70.100 €), Projektförderung (33.800 €), Jugendferienwerk (49.500 €)	336.700	49.500	5318; 4142	JHA	FD 3.1
		367202	Familienzentren	Projekt Familienzentren, Landesförderung	210.000	200.000	5318; 4141	JHA	FD 3.1
		363501	Beistandschaften	Zuschüsse z. Betreuung der Amtsmündel und Amtspfleglinge	2.000	0	5318	JHA	FD 3.2
<b>33601</b>	<b>Jugendhilfe</b>	363201	Förderung der Erziehung in der Familie	Durchführung von Elternschulen (30.000 €), Zuschuss an Verein Treffpunkte Mastbrook (203.700 €)	233.700	0	5318	JHA	FD 3.3
		363301	Hilfen zur Erziehung	Zuschuss Pflegeelternverein	2.500	0	5318	JHA	FD 3.3
		363901	Verwaltung der Jugendhilfe	Beitrag Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht	3.500	0	54292	JHA	FD 3.3
		367501	Erziehungsberatungsstellen	Zuschüsse Kirchenkreise Rendsburg (464.400 €) und Kiel (72.400 €)	536.800	100	5318; 4299	JHA	FD 3.3
<b>Summe Jugendhilfeausschuss</b>					<b>1.330.700</b>	<b>249.600</b>			
<b>22501</b>	<b>Umweltschutzmaßnahmen</b>	561101	Umweltschutzmaßnahmen	Schuldendienst für Ortsentwässerungsanlagen	11.300	0	5322	UBA	FD 2.2
<b>26501</b>	<b>Untere Naturschutzbehörde</b>	554101	Ordnungsaufgaben der unteren Naturschutzbehörde	Zuschüsse Naturschutz und Landschaftspflege (12.000 €), Erhaltung/Entwicklung Naturschutz-/FFH-Gebiete (40.000 €)	52.000	40.000	5318; 4141	UBA	FD 2.6
<b>53503</b>	<b>Klimaschutz</b>	511102	Klimaschutz	Beitrag an Klimabündnis e.V.	1.500	0	54292	UBA	FD 5.3
<b>Summe Umwelt- und Bauausschuss</b>					<b>64.800</b>	<b>40.000</b>			
<b>25701</b>	<b>Wirtschaftsförderung, EU</b>	111204	Wirtschaftsförderung/Wirtschaftsförderungs-gesellschaft	Kreisanteil INTERREG IV a	114.900	0	5312	REA	FD 2.5
<b>50701</b>	<b>Naturparke</b>	551101	Naturparke	Beitrag Verband Deutscher Naturparke	72.000	0	5318; 54292	REA	FD 5.2
<b>Summe Regionalentwicklungsausschuss</b>					<b>186.900</b>	<b>0</b>			
<b>Summe Budgets gesamt</b>					<b>4.701.100</b>	<b>831.500</b>			



<b>Beschlussvorlage</b>		Vorlage-Nr:	VO/2016/023-001
Federführend: S 05 Stabsstelle Finanzen		Status:	öffentlich
		Datum:	21.11.2016
		Ansprechpartner/in:	Groeper, Sabine
		Bearbeiter/in:	Groeper, Sabine
Mitwirkend:		<b>öffentliche Beschlussvorlage</b>	
<b>Budgets 2017</b>			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Hauptausschuss	Beratung	
Öffentlich	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Beratung	

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Budgetübersichten für das Haushaltsjahr 2017 (Stand: 21.11.2016) zu beschließen.

Der Kreistag beschließt die Budgetübersichten für das Haushaltsjahr 2017 (Stand: 21.11.2016).

### **1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: entfällt**

### **2. Sachverhalt:**

Die Budgetregelungen wurden in der Sitzung des Kreistages am 14.12.2015 beschlossen und traten am 01.01.2016 in Kraft. Anlagen zu den Budgetregelungen sind die Übersicht über die gebildeten Budgets und die Übersicht über die Konten der freiwilligen Leistungen. Die Budgetübersichten wurden für 2017 überarbeitet und dem Stand der Verwaltungsorganisation ab 01.01.2017 angepasst. Im Einzelnen wurden folgende Anpassungen vorgenommen:

Das Budget 10301 – Koordinierung Integration – mit dem Teilhaushalt 313901 – Dezentrale Betreuung Asylbewerber – wurde neu geschaffen. Ebenso wurden die Budgets 23101 Zuwanderung (Teilhaushalt 122103 – Zuwanderung) und 23301 Asylunterkunft (Teilhaushalt 315501 – Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber) neu geschaffen.

Aufgelöst wurde das Budget 04101 – Koordinierungsstelle soziale Hilfen. Der Teilhaushalt 311901 – Koordinierungsstelle soziale Hilfen – wurden dem Budget 05101 – Finanzwesen – zugeordnet. Hier erfolgt nur noch die Darstellung der Zahlungen für die zur KOSOZ abgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mit der Vorlage VO/2016/032 wurde ein Vorschlag zur Änderung der Aufbauorganisation zum 01.01.2017 vorgelegt. Aufgrund dieser Veränderung werden die bisherigen Budgets 25103 Brand- und Katastrophenschutz und 25301 Rettungsdienst dem Fachdienst IT-Management und Feuerwehrwesen zugeordnet. Es wurden folgende neuen Budgets geschaffen: 12102 Brand- und Katastrophenschutz mit den Teilhaushalten 126101- Brandschutz und 128101 – Katastrophenschutz und 12301 Rettungsdienst mit dem Teilhaushalt 127101 – Rettungsdienst.

Die vorgeschlagenen Änderungen sind in der beigefügten Budgetübersicht (Anlage 1) rot gekennzeichnet. Die Übersicht über die Konten der freiwilligen Leistungen ist dem Stand des Haushaltsentwurfes 2017 angepasst worden (Anlage 2).

**Finanzielle Auswirkungen:** keine

**Anlage/n:** Budgetübersicht 2017 – Stand 21.11.2016  
Budgetübersicht – Konten der freiwilligen Leistungen - Stand 31.10.2016

**Budgetübersicht 2017**  
Stand: 21.11.2016

Anlage 1

HH-Jahr 2017	Bezeichnung des Budgets	Bezeichnung des Teilplanes		Aus- schuss	FD / FB
01101	Kreisorgane	11101	Landrat	HA	Büro d. Landrats
		111408	Controlling	HA	Büro d. Landrats
01102	Personalrat	111301	Personalrat	HA	Personalrat
01103	Gleichstellungsstelle	111302	Gleichstellungsstelle	HA	Gleichstellungsstelle
02101	Rechnungs- und Gemeindeprüfung	111202	Rechnungs- und Gemeindeprüfung	HA	Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt
05101	Finanzwesen	111407	Finanzbuchhaltung	HA	Finanzen
		311901	Koordinierungsstelle soziale Hilfen	HA	Finanzen
		411102	imland GmbH	HA	Finanzen
		531101	Elektrizitätsversorgung	HA	Finanzen
		573201	Zweckverband Sparkasse RD-Eck	HA	Finanzen
05102	Allgemeine Finanzwirtschaft	611101	Steuern, allgem. Zuweisungen und Umlagen	HA	Finanzen
		612101	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	HA	Finanzen
05701	Wohnungsbauförderung	522101	Wohnungsbauförderung	REA	Finanzen
10101	Datenschutz	111409	Datenschutzbeauftragte/r	HA	Zentrale Dienste
10301	Dezentrale Betreuung Asylbewerber	313901	Dezentrale Betreuung Asylbewerber	SoGA	Personal, Organisation und allgemeine Dienste
11101	Personal	111103	Kreistag/Ausschüsse	HA	Personal, Organisation und allgemeine Dienste
		111401	Innere Dienstleistungen	HA	Personal, Organisation und allgemeine Dienste
		111402	Personal, Besoldung	HA	Personal, Organisation und allgemeine Dienste
		573101	Fuhrpark	HA	Personal, Organisation und allgemeine Dienste
12101	IT-Service	111102	Fraktionen	HA	IT-Management und Feuerwehrewesen
		111405	IT-Service	HA	IT-Management und Feuerwehrewesen
12102	Brand- und Katastrophenschutz	126101	Brandschutz	HA	IT-Management und Feuerwehrewesen
		128101	Katastrophenschutz	HA	IT-Management und Feuerwehrewesen
12301	Rettungsdienst	127101	Rettungsdienstangelegenheiten	SoGA	IT-Management und Feuerwehrewesen
21101	Ordnungswesen und Verkehr	111406	Rechtsamt	HA	Allgemeine Ordnungsverwaltung und Verkehr
		122101	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	HA	Allgemeine Ordnungsverwaltung und Verkehr
		122201	Verkehrsangelegenheiten	HA	Allgemeine Ordnungsverwaltung und Verkehr
22501	Umweltschutzmaßnahmen	561101	Umweltschutzmaßnahmen	UBA	Umwelt
		554101	Ordnungsaufgaben der unteren Naturschutzbehörde	UBA	Umwelt
22502	Abfallwirtschaft	537101	Abfallwirtschaft	UBA	Umwelt
23101	Zuwanderung	122103	Zuwanderung	HA	Zuwanderung
23301	Asylunterkunft	315501	Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber	SoGA	Zuwanderung
24101	Veterinäraufsicht und Fleischhygiene	122102	Veterinäraufsicht	HA	Veterinär- und Lebensmittelaufsicht
		122301	Verbraucherschutz	HA	Veterinär- und Lebensmittelaufsicht
		414201	Fleischhygiene	HA	Veterinär- und Lebensmittelaufsicht
25101	Kommunalaufsicht	111201	Aufsicht/Prüfung Kommunen, Standesämter	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehrewesen
		121101	Statistik und Wahlen	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehrewesen
25102	Beteiligungsverwaltung, EU	111204	Beteiligungsverwaltung, EU	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehrewesen
		261101	Theater	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehrewesen
		273101	Nordkolleg Rendsburg GmbH	HA	Kommunalaufsicht und Feuerwehrewesen
25701	Wirtschaftsförderung	571101	Wirtschaftsförderung/Wirtschaftsförderungs-gesellschaft (WFG)	REA	Kommunalaufsicht und Feuerwehrewesen
30601	Prävention und Projekte	363602	Prävention und Projekte	JHA	Jugend und Familie
31201	Förderung des Sportes	421101	Förderung des Sports	SSKB	Kinder, Jugend, Sport
31603	Jugendarbeit und Kindertagesstätten; Eingliederungshilfen nach SGB VIII	361101	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		361201	Tagespflege	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		362101	Jugendarbeit	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		363101	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		365101	Kinder in Kindertageseinrichtungen	JHA	Kinder, Jugend, Sport

**Budgetübersicht 2017**  
Stand: 21.11.2016

Anlage 1

HH-Jahr 2017	Bezeichnung des Budgets	Bezeichnung des Teilplanes	Aus- schuss	FD / FB
		367202 Familienzentren	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		367601 Tagesgruppen des Kreises	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		363403 Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII	JHA	Kinder, Jugend, Sport
		363404 Eingliederungshilfen f. junge Volljährige n. §§ 41/35a SGB VIII	JHA	Kinder, Jugend, Sport
<b>32601</b>	<b>Amtsvormundschaften</b>	341101 Unterhaltsvorschussleistungen	JHA	Unterhalt, Amtsvormundschaften
		363501 Beistandschaften	JHA	Unterhalt, Amtsvormundschaften
<b>33601</b>	<b>Jugendhilfe</b>	363201 Förderung der Erziehung in der Familie	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363301 Hilfen zur Erziehung	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363401 Hilfen für junge Volljährige	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363402 Inobhutnahmen	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363502 Mitwirkung vor Gericht	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363503 Adoptionsvermittlung	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		363901 Verwaltung der Jugendhilfe	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		367501 Erziehungsberatungsstellen	JHA	Jugend- und Sozialdienst
		414102 Schwangerenberatung	JHA	Jugend- und Sozialdienst
<b>40301</b>	<b>Leistungen nach dem SGB II</b>	312101 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)	SoGA	Soziale Sicherung
<b>40303</b>	<b>Jobcenter SGB II</b>	312104 Jobcenter SGB II	SoGA	Soziales, Arbeit und Gesundheit
<b>41301</b>	<b>Eingliederungshilfen nach SGB XII, Betreuungsbehörde, Suchtberatung und Sozialpsychiatrischer Dienst</b>	311301 Eingliederungshilfe	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
		311501 Hilfe bei besonderen sozialen Schwierigkeiten	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
		311903 Verwaltung der Eingliederungshilfe nach SGB XII	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
		331102 Suchtberatung	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
		343101 Betreuungsbehörde	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
		412101 Sozialpsychiatrischer Dienst	SoGA	Eingliederungshilfen, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst
<b>42301</b>	<b>Soziale Sicherung</b>	242101 Ausbildungsförderung	SoGA	Soziale Sicherung
		311101 Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL)	SoGA	Soziale Sicherung
		311201 Hilfe zur Pflege	SoGA	Soziale Sicherung
		311401 Hilfe zur Gesundheit	SoGA	Soziale Sicherung
		311502 Hilfe in anderen Lebenslagen	SoGA	Soziale Sicherung
		311601 Grundsicherung im Alter	SoGA	Soziale Sicherung
		311902 Verwaltung der Sozialhilfe	SoGA	Soziale Sicherung
		313101 Hilfen für Asylbewerber	SoGA	Soziale Sicherung
		315101 Soziale Einrichtungen	SoGA	Soziale Sicherung
		315102 Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	SoGA	Soziale Sicherung
		315201 Pflegestützpunkte	SoGA	Soziale Sicherung
		321101 Kriegsopferfürsorge (KOF)	SoGA	Soziale Sicherung
		331101 Förderung der Wohlfahrtspflege	SoGA	Soziale Sicherung
		345101 Leistungen nach § 6b Bundeskindergeldgesetz	SoGA	Soziale Sicherung
		351101 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	SoGA	Soziale Sicherung
<b>43301</b>	<b>Gesundheitsdienste</b>	414101 Gesundheitspflege	SoGA	Gesundheitsdienste
<b>43302</b>	<b>Krankenhausfinanzierung</b>	411101 Krankenhausfinanzierung	SoGA	Gesundheitsdienste
<b>50501</b>	<b>Klimaschutz</b>	<b>511102 Klimaschutz</b>	<b>UBA</b>	<b>Regionalentwicklung, Bauen und Schule</b>
<b>50701</b>	<b>Naturparks</b>	551101 Naturparks	REA	Regionalentwicklung, Bauen und Schule
<b>51502</b>	<b>Liegenschaften, Straßenbau</b>	111403 Liegenschaftsmanagement	UBA	Gebäudemanagement
		521103 Gutachterausschuss	UBA	Gebäudemanagement
		541101 Gemeindestraßen	UBA	Gebäudemanagement
		542101 Kreisstraßen	UBA	Gebäudemanagement
<b>52501</b>	<b>Bauaufsicht</b>	521102 Bauaufsicht	UBA	Bauaufsicht und Denkmalschutz
<b>52701</b>	<b>Denkmalschutz</b>	523101 Denkmalschutz und -pflege	REA	Bauaufsicht und Denkmalschutz
<b>53701</b>	<b>Schülerbeförderung</b>	241101 Schülerbeförderung	REA	Regionalentwicklung
<b>53702</b>	<b>Bauplanung</b>	511101 Regionale und überregionale Planung	REA	Regionalentwicklung
<b>53703</b>	<b>Förderung des ÖPNV</b>	547101 Förderung des ÖPNV	REA	Regionalentwicklung
<b>54201</b>	<b>Regionales Berufsbildungszentrum I</b>	233201 Regionales Berufsbildungszentrum I (Eck- und RD - WSW)	SSKB	Schul- und Kulturwesen
<b>54202</b>	<b>Regionales Berufsbildungszentrum II</b>	233202 Regionales Berufsbildungszentrum am NOK (II)	SSKB	Schul- und Kulturwesen
<b>54204</b>	<b>Sternschule</b>	221101 Sternschule - Förderzentrum S	SSKB	Schul- und Kulturwesen
<b>54205</b>	<b>Schule am Noor</b>	221102 Schule am Noor - Förderzentrum G	SSKB	Schul- und Kulturwesen

**Budgetübersicht 2017**  
**Stand: 21.11.2016**

Anlage 1

HH-Jahr 2017	Bezeichnung des Budgets	Bezeichnung des Teilplanes		Aus- schuss	FD / FB
54206	Schule Hochfeld	221103	Schule Hochfeld - Förderzentrum G	SSKB	Schul- und Kulturwesen
54207	Schule An den Eichen	221104	Schule an den Eichen - Förderzentrum G	SSKB	Schul- und Kulturwesen
54208	Allgemeine Schulangelegenheiten	111203	Schulaufsicht	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		217101	Gymnasien	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		221105	Förderzentrenangelegenheiten	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		231105	FS ländliche Haushaltswirtschaft	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		233108	Berufsschulangelegenheiten	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		243101	Sonstige schulische Aufgaben	SSKB	Schul- und Kulturwesen
54209	Kulturwesen	252101	Nichtwissenschaftliche Museen	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		263101	Musikschulen	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		271101	Volkshochschulen	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		272101	Büchereien	SSKB	Schul- und Kulturwesen
		281101	Heimat- und sonstige Kulturpflege	SSKB	Schul- und Kulturwesen
54211	Kreisarchiv	252102	Kreisarchiv	SSKB	Schul- und Kulturwesen

HH-Jahr 2017	Bezeichnung des Budgets	Bezeichnung des Teilplanes		Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	Freiwillige Aufwendungen	Drittmittel für freiwillige Aufwendungen	Konten freiwillige Leistungen	Ausschuss	FD / FB
11101	Personal	111103	Kreistag/Ausschüsse	Beiträge und Umlagen (Landkreistag, Europa-Union)	165.900	0	54292	HA	FD 1.1
		111402	Personal, Besoldung	Beitrag Kommunalen Arbeitgeberverband (4.600 €), Beitrag an KGSt. (7.100 €), Umlage Schulverein (15.500 €) und Umlage Berufe-SH.de (2.200 €)	29.400	0	54292	HA	FD 1.1
12101	IT-Service	111102	Fraktionen	Zuschüsse an Kreistagsfraktionen/Rückzahlung von Fraktionszuschüssen	85.000	2.000	5318; 4488	HA	FD 1.2
21101	Ordnungswesen und Verkehr	122101	Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	Integrationsleistungen	0	0	5315	HA	FD 2.1
		122201	Verkehrsangelegenheiten	Zuschuss Kreisverkehrswacht	4.100	0	5318	HA	FD 2.1
24101	Veterinäraufsicht und Fleischhygiene	122102	Veterinäraufsicht	Zuschüsse an Tierschutzvereine	27.000	0	5318	HA	FD 2.4
25102	Beteiligungsverwaltung	261101	Theater	Zuschuss Landestheater	505.600	0	5316	HA	FD 2.5
		273101	Nordkolleg Rendsburg GmbH	Beitrag Nordkolleg (61.000 €), Bürgerschaftsprovision (600 €), Ertragszuschuss an das Nordkolleg (133.400 €)	194.400	600	54292; 4563;5316	HA	FD 2.5
<b>Summe Hauptausschuss</b>					<b>1.011.400</b>	<b>2.600</b>			
54208	Allgemeine Schulangelegenheiten	217101	Gymnasien	Kapitaldienst Gem. Kronshagen (12.300 €) bzw. SV Gettorf (5.700 €)	18.000	0	5322	SSKB	FD 5.3
54209	Kulturwesen	252101	Nichtwissenschaftliche Museen	Zuschuss Jüdisches Museum	33.200	0	5318	SSKB	FD 5.3
		263101	Musikschulen	Mietkosten fikt. (111.600 €), Zuschuss Musikschule (120.400 €)	232.000	0	5318	SSKB	FD 5.3
		271101	Volkshochschulen	Zuschuss Abend VHS (79.400 €), dän. Erwachsenenbildung (2.000 €)	81.400	0	5318	SSKB	FD 5.3
		272101	Büchereien	Standbüchereien (312.400 €), Fahrbüchereien (126.200 €), Dän. Büchereiwesen (18.800 €)	457.400	0	5318; 54292	SSKB	FD 5.3
		281101	Heimat- und sonstige Kulturpflege	Zuschüsse Patenschaftsarbeit Nordschleswig (1.500 €), Jugend Musiziert (2.500 €), Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (1.500 €), Heimatgemeinschaft Eck (1.100 €), Kreisverband RD für Heimatkunde und Geschichte (1.100 €), Beiträge an Vereine und Verbände (7.100 €)	14.800	0	5318; 54292	SSKB	FD 5.3
31201	Förderung des Sportes	421101	Förderung des Sports	Zuschüsse DLRG und Kreissportverband (320.500 €), Koordinierungsstelle zur Umsetzung des	370.500	0	5318; 52917	SSKB	FD 3.1
<b>Summe Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Bildung</b>					<b>1.207.300</b>	<b>0</b>			
41301	Eingliederungshilfen nach SGB XII, Suchtberatung und sozialpsychiatrischer Dienst	331102	Suchtberatung	Zuschüsse Suchtgefährdetenhilfe (12.500 €), Drogenberatung und -prävention (120.000 €), Zuschuss Droge 70 (30.000 €), Kommunalisierte Landesmittel für Suchtberatung und -prävention (112.700 €)	275.200	112.700	5318; 4141	SoGA	FD 4.1
		343101	Betreuungsbehörde	Zuschuss Betreuungsverein	50.000	0	5318	SoGA	FD 4.1
		412101	Sozialpsychiatrischer Dienst	Zuschuss dezentrale Psychiatrie (30.000 €; 64.100 € kommunalisierte Landesmittel)	94.100	64.100	5318; 4141	SoGA	FD 4.1
42301	Soziale Sicherung	315101	Soziale Einrichtungen	Zuschüsse Kreissenorenrat (2.000 €), Frauenhaus (268.300 €), Frauenberatung (77.300 €) Projekt KIK (14.400 €), Landeszuweisung Frauenhaus, Frauenberatung und Projekt KIK	362.000	360.000	5318; 4141	SoGA	FD 4.2
		315201	Pflegestützpunkte	Zuschüsse an die Nebenstellen	78.500	0	5318	SoGA	FD 4.2
		331101	Förderung der Wohlfahrtspflege	Zuschüsse Bahnmissionsmissionen (5.600 €), Frauenberatung - Via (25.000 €), Migrationssozialberatung (5.200 €), Verein für öffentl. und private Fürsorge (1.200 €)	37.000	0	5318; 54292	SoGA	FD 4.2
43301	Gesundheitsdienste	414101	Gesundheitspflege	Zuschuss Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (200 €), Zuschuss Praxis ohne Grenzen (2.500 €) Beiträge Schl.-Holst. Krebsgesellschaft und Gesellschaft zur Verhütung und	3.200	2.500	4141; 5318; 54292	SoGA	FD 4.3
<b>Summe Sozial- und Gesundheitsausschuss</b>					<b>900.000</b>	<b>539.300</b>			
31603		361201	Tagespflege	Maßnahmen Aktionsprogramm Tagespflege bzw. Qualifikation Tagespflege	5.500	0	5318	JHA	FD 3.1

HH-Jahr 2017	Bezeichnung des Budgets	Bezeichnung des Teilplanes		Bezeichnung der freiwilligen Leistungen	Freiwillige Aufwendungen	Drittmittel für freiwillige Aufwendungen	Konten freiwillige Leistungen	Ausschuss	FD / FB
		362101	Jugendarbeit	Zuschüsse Kreisjugendring (13.900 €), Zuschüsse an politische Jugendorganisation (10.000 €), Zuschüsse an Jugendgruppen (84.400 €), Mitarbeiterfortbildung KJR (16.200 €), Aufwandsentschädigung außerschul. Jugendarbeit (58.800 €), Streetworkprojekte (70.100 €), Projektförderung (33.800 €), Jugendferienwerk (49.500 €)	336.700	49.500	5318; 4142	JHA	FD 3.1
		367202	Familienzentren	Projekt Familienzentren, Landesförderung	210.000	200.000	5318; 4141	JHA	FD 3.1
		363501	Beistandschaften	Zuschüsse z. Betreuung der Amtsmündel und Amtspfleglinge	2.000	0	5318	JHA	FD 3.2
<b>33601</b>	<b>Jugendhilfe</b>	363201	Förderung der Erziehung in der Familie	Durchführung von Elternschulen (30.000 €), Zuschuss an Verein Treffpunkte Mastbrook (203.700 €)	233.700	0	5318	JHA	FD 3.3
		363301	Hilfen zur Erziehung	Zuschuss Pflegeelternverein	2.500	0	5318	JHA	FD 3.3
		363901	Verwaltung der Jugendhilfe	Beitrag Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht	3.500	0	54292	JHA	FD 3.3
		367501	Erziehungsberatungsstellen	Zuschüsse Kirchenkreise Rendsburg (464.400 €) und Kiel (72.400 €)	536.800	100	5318; 4299	JHA	FD 3.3
<b>Summe Jugendhilfeausschuss</b>					<b>1.330.700</b>	<b>249.600</b>			
<b>22501</b>	<b>Umweltschutzmaßnahmen</b>	561101	Umweltschutzmaßnahmen	Schuldendienst für Ortsentwässerungsanlagen	11.300	0	5322	UBA	FD 2.2
<b>26501</b>	<b>Untere Naturschutzbehörde</b>	554101	Ordnungsaufgaben der unteren Naturschutzbehörde	Zuschüsse Naturschutz und Landschaftspflege (12.000 €), Erhaltung/Entwicklung Naturschutz-/FFH-Gebiete (40.000 €)	52.000	40.000	5318; 4141	UBA	FD 2.6
<b>53503</b>	<b>Klimaschutz</b>	511102	Klimaschutz	Beitrag an Klimabündnis e.V.	1.500	0	54292	UBA	FD 5.3
<b>Summe Umwelt- und Bauausschuss</b>					<b>64.800</b>	<b>40.000</b>			
<b>25701</b>	<b>Wirtschaftsförderung, EU</b>	111204	Wirtschaftsförderung/Wirtschaftsförderungs-gesellschaft	Kreisanteil INTERREG IV a	114.900	0	5312	REA	FD 2.5
<b>50701</b>	<b>Naturparke</b>	551101	Naturparke	Beitrag Verband Deutscher Naturparke	72.000	0	5318; 54292	REA	FD 5.2
<b>Summe Regionalentwicklungsausschuss</b>					<b>186.900</b>	<b>0</b>			
<b>Summe Budgets gesamt</b>					<b>4.701.100</b>	<b>831.500</b>			



<b>Fraktionsantrag</b>	Vorlage-Nr: VO/2016/031 Status: öffentlich Datum: 17.11.2016 Ansprechpartner/in: Schmedtje, Martin Bearbeiter/in: Schmedtje, Martin	
Federführend: FB 1 Zentrale Dienste		
<b>Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; hier:          Sanierungsprogramm Straßen und Radwege</b>		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Hauptausschuss	Entscheidung

**1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:** Entfällt

**2. Sachverhalt:**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Sanierungsprogramm Straßen und Radwege vom 16.11.2016.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISHAUS, 24768 RENDSBURG

An den  
Hauptausschuss  
Herrn Hollmann  
Kreishaus

24768 Rendsburg

**Kreistagsfraktion RD-Eck  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreishaus  
24768 Rendsburg  
Tel. 04331/202-362  
Fax 04331/202-566**

16.11.2016

**Sitzung des Hauptausschusses am 1.12.2016**  
Haushalt 2017

Sehr geehrter Herr Hollmann,

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellt folgenden Antrag zum Haushalt 2017:

- 9 Mio € für Kreisstraßen verteilt über 3 Jahre, davon sind 2 Mio € für Radwege und 7 € Mio für Straßen vorgesehen, eine Übertragung der Mittel ist möglich, sie sind gegenseitig deckungsfähig
- 2 Mio € für Radwege sind gesondert auszuweisen und entsprechend eines aufzustellenden Unterhaltungsprogrammes Radwege im Kreisgebiet (Zeitraum 10 Jahren) zu verwenden.

Begründung:

Eine Begründung erfolgt mündlich.

gez. Armin Rösener

f.d.R. Sabine Kodalle



<b>Fraktionsantrag</b>	Vorlage-Nr:	VO/2016/039
	Status:	öffentlich
Federführend: FB 1 Zentrale Dienste	Datum:	23.11.2016
	Ansprechpartner/in:	Schmedtje, Martin
	Bearbeiter/in:	Schmedtje, Martin
<b>Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2017; hier: Bündnis 90/Die Grünen</b>		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Hauptausschuss	Entscheidung

**1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:** Entfällt

**2. Sachverhalt:**

Beigefügt sind zwei weitere Anträge der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2017



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISHAUS, 24768 RENDSBURG

An den  
Hauptausschuss  
Herrn Hollmann  
Kreishaus

24768 Rendsburg

**Kreistagsfraktion RD-Eck  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreishaus  
24768 Rendsburg  
Tel. 04331/202-362  
Fax 04331/202-566**

22.11.2016

### **Sitzung des Hauptausschusses am 1.12.2016**

Haushalt 2017 Betriebskostenerstattung für Kindertagesstätten

Sehr geehrter Herr Hollmann,

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellt folgenden Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen 2017.

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag möge beschließen, sich nach §25 KiTaG an den Betriebskosten der Kindertagesstätten mit 4 Mio Euro im Haushaltsjahr 2017 zu beteiligen. Sollte sich die Finanzsituation des Kreises in den Folgejahren verschlechtern, und die Gemeinden und Städte eine Verstetigung des Kreisbeitrages befürworten, so werden die oben angegebenen Kosten nach Rücksprache über eine Erhöhung der Kreisumlage finanziert, um den Kreis vor strukturellen Haushaltsproblemen zu schützen.

#### **Begründung:**

Gegenwärtig zahlen die Gemeinden und Städte bis zu 50% der Betriebskosten und mehr. Dadurch bekommen Gemeinden und Städte zunehmend strukturelle Probleme, ihre Haushalte auszugleichen. Diese Kostenverteilung hindert die Gemeinden in ihren Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere bei der Ansiedlung junger Familien mit Kindern. Die gegenwärtige Haushaltssituation erlaubt es, dass der Kreis die Gemeinden und Städte im Sinne seiner Ausgleichsfunktion mit einer Erstattung der Betriebskosten unterstützt.

gez. Armin Rösener

f.d.R. Sabine Kodalle



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISHAUS, 24768 RENDSBURG

An den  
Hauptausschuss  
Herrn Hollmann  
Kreishaus

24768 Rendsburg

Kreistagsfraktion RD-Eck  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
Kreishaus  
24768 Rendsburg  
Tel. 04331/202-362  
Fax 04331/202-566

16.11.2016

**Sitzung des Hauptausschusses am 1.12.2016**

Haushalt 2017

Sehr geehrter Herr Hollmann,

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellt folgenden Antrag:  
Die im Haushaltsentwurf 2017 in den Teilhaushalten 331101 („Förderung der Wohlfahrtspflege“) und 331102 („Suchtberatung“) aufgeführten Zuschüsse (Transferaufwendungen) **erhöhen sich** für das Haushaltsjahr 2017 **um 3%** bezogen auf den in dem jeweiligen Zuschuss enthaltenen **Erstattungsanteil für Personalkosten.**

**Begründung:**

Aufgrund gestiegener Personalkosten ist eine angemessene Erhöhung der Zuschüsse in den beiden Teilhaushalten für das Haushaltsjahr 2017 erforderlich. Die Erhöhung soll sich auf die in dem jeweiligen Zuschuss enthaltenen Personalkostenanteile beziehen. Eine Verpflichtung zur weiteren Erhöhung für künftige Haushaltsjahre ab 2018 findet nicht statt. Zum einen handelt es sich um projektgebundene Zuschüsse, zum anderen kann die künftige Haushaltslage des Kreises für die Zeit ab 2018 nicht vorhergesehen werden.

Die Steigerung von Personalkosten betrifft alle Empfänger von Zuschüssen in den Teilhaushalten 331101 und 331102, so dass sich eine gleichmäßige Erhöhung gebietet. Es soll das „Windhundprinzip“ vermieden werden, dass nur derjenige Zuwendungsempfänger eine Erhöhung erhält, der frühzeitig den entsprechenden Antrag stellt.

gez. Armin Rösener

f.d.R. Sabine Kodalle



<b>Fraktionsantrag</b>		Vorlage-Nr:	VO/2016/043
Federführend: FB 1 Zentrale Dienste		Status:	öffentlich
		Datum:	01.12.2016
		Ansprechpartner/in:	Schmedtje, Martin
		Bearbeiter/in:	Schmedtje, Martin
<b>Weitere Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2017 - Tischvorlage</b>			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
Öffentlich	Hauptausschuss	Entscheidung	

### 1. Begründung der Nichtöffentlichkeit: Entfällt

### 2. Sachverhalt:

Beigefügt sind weitere Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2017.

CDU Fraktion vom 30.11.2016 zum Brandschutz

SPD Fraktion vom 30.11.2016 zu verschiedenen Themen

SPD, Bündnis 90/Die Grünen, SSW vom 30.11.2016 – zusätzliche Stellen IT-Service

FDP Fraktion vom 30.11.2016 zum vorrangigen Schuldenabbau



CDU-Kreistagsfraktion, Paradeplatz 10, 24768 Rendsburg

Herrn  
Jörg Hollmann  
-Vorsitzender des Hauptausschusses-  
Kreishaus  
24768 Rendsburg

30.11.2016

**Sitzung des Hauptausschusses am 01.12.2016**  
**TOP 4.2.: Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017**

Sehr geehrter Herr Hollmann,

die CDU-Kreistagsfraktion stellt folgenden Antrag für die Sitzung des Hauptausschusses am 01. Dezember 2016 zum **Teilhaushalt 126101 Brandschutz**.

\*\*\*

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Zuschuss des Kreises an den Kreisfeuerwehrverband für die Durchführung der 125-Jahr-Feier im Jahr 2017 wird von 10.000 € auf 20.000 € erhöht.

**Die Begründung erfolgt mündlich.**

Für die CDU-Fraktion

Manfred Christiansen



**Sozialdemokratische Partei Deutschland**  
 Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde

**Kai Dolgner**  
 - Kreistagsabgeordneter -  
 Rendsburg, den 30.11.2016

An den  
 Vorsitzenden des Hauptausschusses des  
 Kreises Rendsburg-Eckernförde  
 Herrn Hollmann

- im Hause -

**Hauptausschusssitzung 01.12.2016**

Sehr geehrter Herr Hollmann,

namens der SPD-Kreistagsfraktion stelle ich zum Haushalt 2017 die folgenden Anträge

	Teil- haushalt	Veränderung	Bemerkung
Planungskosten einer komm. Wohnungsbaugesellschaft	571101	100.000	Reduktion der Ertragsposition bei der WfG
Deckenerneuerung Kreisstraßen	542101	-4.400.000	Reduktion des Sonderprogramms Deckenerneuerung von 10,6 Mio. Euro auf 6,2 Mio. Euro
Streichung Elternbeteiligung	241101	306.000	Reduktion der Ertragsposition
Senkung der Zumutbarkeitsgrenze von 6 km auf 4 km für Schüler der Jahrgangsstufe 7-10	241101	330.000	
Verbesserung ÖPNV-Angebot im Kreis	547101	600.000	
Anschubfinanzierung Bürgerbusprojekte	547101	50.000	
Umsetzung Maßnahmenplan Barrierefreiheit, Förderprogramm Barrierefreie Haltestellen	547101	300.000	
Saldo		-2.714.000	Haushaltsverbesserung

Kai Dolgner



Kreistagsfraktion RD-Eck  
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Kreishaus  
 24768 Rendsburg  
 Tel. 04331/202-362  
 Fax 04331/202-566  
 armin.roesener@web.de



SPD – Kreistagsfraktion  
 Rendsburg-Eckernförde  
 Kreishaus  
 24768 Rendsburg  
 Tel.: 04331 / 202 360  
 Fax.: 04331 / 202 530  
 spd-fraktion@gmx.de



SSW-Kreistagsfraktion  
 Rendsburg-Eckernförde  
 Kreishaus  
 24768 Rendsburg  
 Tel.: 04331 / 202 569  
 Fax: 04331 / 202 106  
 hartmut.steins@ssw.de

## **Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD**

### **Antrag:**

Der Hauptausschuss möge beschließen, dem Kreistag im Stellenplan zum Haushalt 2017 im Fachdienst IT-Service je eine zusätzliche E9 und E10 Stelle vorzusehen. Das Personalbudget ist entsprechend anzupassen.

Armin Rösener  
 Vorsitzender der Kreistagsfraktion  
 von Bündnis 90/ Die Grünen

Kai Dolgner  
 Vorsitzender der Kreistagsfraktion  
 der SPD

Hartmut Steins  
 Vorsitzender der Kreistagsfraktion  
 des SSW

**FDP- Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde**

FDP-Fraktion \* Kreishaus \* Kaiserstr. 8 \* 24768 Rendsburg

---

Tel.: 04331-202 359  
Fax: 04331-202 563  
fdp.kreistag.rd-eck@  
freenet.de

An  
Kreis Rendsburg-Eckernförde  
Vorsitzender des Hauptausschusses  
Herrn Jörg Hollmann

30.11.2016

Hauptausschusssitzung am 01.12.2016  
Haushalt 2017

Sehr geehrter Herr Hollmann,

im Namen der FDP-Kreistagsfraktion stelle ich zum TOP 4.2. „Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2017“ folgenden Antrag:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Zu erwartende Jahresüberschüsse aus dem Jahre 2016 werden vorrangig für den weiteren Schuldenabbau des Kreises genutzt.

Begründung

Da der Haushaltsentwurf 2017 unerwartet hohe freie Finanzmittel aufweist, die in den Folgejahren in dieser Höhe nicht weiter zu erwarten sind, ist es richtig, diese Mittel vorrangig für die Infrastruktur des Kreises einzusetzen. Darüber hinaus hat der Kreis im Rahmen seiner Haushaltskonsolidierung erfolgreich einen Großteil seiner Schulden abgebaut. Dies sollte unter den o.g. Bedingungen weiter vorangetrieben werden. Dies folgt auch dem bisherigen Konsens einmalige Einnahmen vorrangig für den Werterhalt und den Schuldenabbau einzusetzen.

Mit herzlichen Grüßen  
gez.

Jan Butenschön